

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Wahrheit und Recht, Freiheit und Geschäft.

Freitag,

24. October 1879.

Inserate

Sob an die Expedition in
Leipzig zu senden.

Inserationsgebühr

No die Spaltenreihe zu 10 Pf.
unter Eingangs zu 10 Pf.

Ein großer kaiserlicher Entschluss.

* Leipzig, 23. Oct. Das nachfolgende hochwichtige Telegramm aus Berlin geht uns soeben in der Kölnischen Zeitung zu. Wir brachten denselben kein Wort hinzuzufügen; die eminente Wichtigkeit der darin verhandelten Thatsachen, sowol was die Handlungweise Sr. Maj. unsers hochherzigen Kaisers, als auch die des Fürsten Reichskanzlers betrifft, springt in die Augen, und es ist daher gewiß nur gerechtfertigt, wenn wir diese „gute Neuigkeit“ an die Spalte unsers Blattes stellen.

Das Telegramm lautet:

„Berlin, 22. Oct. Soeben fuhr Kaiser Wilhelm im offenen Wagen und dem Anhänger nach wohl und munter vom Potsdamer Bahnhofe zum Palais. Das Volk jubelte ihm zu und hatte zu diesem Jubel mehr Veranlassung, als es vielleicht wußte. Der Kaiser hat auch diesmal seine eigenen Empfindungen beiseitegestellt und ist dem strengen Gebote der Pflicht gefolgt, indem er nach schwerem Kampfe vom Reichskanzler in Wien inaugurierten Politik seine Zustimmung und Unterschrift ertheilt hat. Von dem Tage an, wo Fürst Biemont nach Berlin zurückkehrte, bis zu seiner Abreise nach Varzin, hat unser Staatsleben eine der schwersten Krisen durchgemacht. In der ersten Sitzung des Staatsministeriums, wo angeblich von der Reform unserer Verwaltung die Rede gewesen sein sollte, wurde über ganz andere Dinge verhandelt; der Reichskanzler und Ministerpräsident hielt einen tiefdrücklichen Vortrag über die Lage Deutschlands und Europas und über die inneren und äußeren Gefahren, denen es vorzubeugen und nöthigfalls entgegenzutreten gilt. Diejenigen, die diesen Vortrag anhörten, wurden davon sehr ergriffen und versicherten, wenn der Fürst öffentlich so gesprochen hätte, würde ganz Deutschland ihm zugejubelt haben.“

Mit dem vielbesprochenen Vertrage zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn verhält es sich folgendermaßen: Nachdem Biemont und Andrassy sich vollständig geeinigt hatten, wurde in Gegenwart des Kaisers Franz Joseph über diese Vereinbarung ein Protokoll aufgenommen und von diesem Protokolle zwei Exemplare ausgefertigt, jedes dazu bestimmt, von einem der beiden Kaiser unterschrieben zu werden. Das gesamme preußische Staatsministerium wurde vom Fürsten Biemont von der Notwendigkeit jenes hochwichtigen politischen Schrittes überzeugt und machte gemeinschaftliche Sache mit ihm. Graf Stolberg reiste nach Baden-Baden, um die Zustimmung des Kaisers zu erlangen. Für den Fall der Nichtgenehmigung lag das Entlastungsgebot des Reichskanzlers im Cabinet des Kaisers. Man kann sich denken, daß der Kaiser, der stets durch die innigste Freundschaft mit dem russischen Hof verbunden war, sich nur sehr schwer entschloß, ein Abkommen zu genehmigen, das zwar nur friedliche Zwecke verfolgt, aber doch möglicherweise uns in einen

Kampf mit Russland verwickeln könnte. Dem Grafen Stolberg gelang es bei seiner anhaltigen Anwesenheit, die Bedenken des Kaisers zu überwinden. Se. Maj. hat seine Zustimmung und Unterschrift ertheilt. Ob dies ganz in der ursprünglich beabsichtigten Weise geschehen ist oder ob, um die Gefühle Sr. Maj. zu schonen, irgendeine Aenderung beliebt ist, lassen wir dahingestellt. Genug, es handelt sich hierbei um eine bloße Übereinkunft, auf die nur diejenigen Gewicht legen können, die den ganzen Zusammenhang nicht kennen. Allein wichtig ist, daß Kaiser Wilhelm ebenso wie Kaiser Franz Joseph seine allerhöchste Zustimmung und Unterschrift ertheilt hat, und zwar, wenn wir recht unterrichtet sind, am 18. Oct. Die übrigen Mitglieder der kaiserlichen Familie sind mit den wiener Abmachungen und der Politik des Reichskanzlers vollkommen einverstanden.“

Telegraphische Depeschen.

* München, 22. Oct. Die Abgeordnetenkammer lehnte nach längeres lebhafte Debatte mit großer Majorität den Antrag Dassler betreffend die Einführung einer Wein- und Branntweinsteuer ab.

(Wiederholt.)

* Baden-Baden, 22. Oct. Die Fürstin Elisabeth von Rumänien ist heute Mittag über Konstanz nach Karlsruhe zum Besuch des Fürsten von Hohenlohe abgereist.

* Wien, 21. Oct. Amtliche Meldung: „Die feierliche Werbung des Königs von Spanien um die Hand der Erzherzogin Marie Christine fand am 21. Oct. durch den außerordentlichen Botschafter Herzog v. Baylen bei dem Kaiser statt. Unmittelbar nach erhaltenner Zustimmung des Kaisers hat der Herzog v. Baylen das Jawort der Erzherzogin im Beisein des Mutter derselben eingeholt.“

* Budapest, 22. Oct. Der Ellenb thieilt über das Präliminare des nächsten Jahres aus jüngster Quelle mit, daß dieser Betrag 15 Mill. mit den bosnischen Kosten 17 Mill. Fl. und einige hunderttausend; die Transportsteuer 800000 Fl. mehr als das Vorjahr; die Lottogewinnsteuer werde erhöht. Aus der Militärtaxe werden 2-3½ Mill. Fl. erwartet.

(Wiederholt.)

* Bukarest, 21. Oct. Der Senat beriehlt auch hente den Revisionsentwurf in den Sectionen.

* Belgrad, 22. Oct. Die Regierung beschloß den Eisenbahnbau öffentlich zu vergeben und eine 10proc. Caution zu verlangen.

(Wiederholt.)

* Wien, 22. Oct. Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel: „In der Conferenz über die griechisch-türkische Grenzregulirungsfrage, welche heute stattfinden sollte, beabsichtigten die türkischen Delegirten ein neues Memorandum über die territorialen Zugeständnisse an Griechenland vorzulegen.“

Ein Brief Blücher's.

Ein Leser der Magdeburgischen Zeitung hat denselben die folgende völlig wortgetreue Abschrift eines in alter Makulatur gefundenen Briefes Blücher's zur Veröffentlichung eingesandt:

Versailles, d. 5. Oct. 1816. Mein lieber Herr Winter! Ich habe ihr Schreiben erhalten, und danke Ihnen vor das andenken, die so rechtmäßige Forderungen an mich haben berührten Sie zuerst, ich werde noch diesen Monat von hier nach Berlin gehen, und dann will ich sie alle befriedigen: nur Canillien sollen nichts haben. Mehr wie 5 Prozent Zinsen zahle ich an die administration nicht. Lindelamp und Ohlfers die ich schon 2000 Thlr. auf ihre Forderung bezahlt habe haben mich auch nicht mehr angerechnet. Die Abgeltung Forderung ist ganz eine Sache zwischen mir und Abeg. mein Herr Koch und Bedienter die mich beide weggeleiteten ohne abschid und Pass werde ich zur verantwortung ziehen und die mehr als Insano damahlige Pflichterfüllende Regierung soll sich doch ausweisen auf welche acht sie sich erweigert hat diesen vagabonden Reise zu zu erkennen. Ich bin auf Münster vorne so auf gebraucht wie möglich nicht auf die Stadt und Landbewohner aber auf die Regierung und den vornehmen pöball, meine Sachen die man mich nicht herausgeben will, werde ich schon bezahlt erhalten. Zeigen Sie doch die einlage in Münster, dieser Wicht wahr da zu mahl Commandant, er schrieb mich und verlangte eine Liste von meinen in Münster zuerst gelassenen Sachen um sie vor mich zu sauvieren, will es auch geben haben aber man gab mich meine Sachen nicht heraus unter den vorwände man könne so lang die französischen Geopale das Schloss bewohnt haben es nicht da meublieren, meine Kupferstücke, und andere Sachen verschleppte man in der Stadt nun sind alle Sachen verborben und ich mag sie nicht, aber ich werde mich vor den Verlust Rächen, ich habe mich verwundert, daß so mancher Schurke in Münster in die Colagien wider ist genommen, dem König habe ich hier in Paris noch gesagt, daß die Münsterländer guht wehren

das aber die Regierung die zu der zeit bestand wie wie das Land verloren großen Theils ans schlegen gliedern bestanden, und ich mich wunderte, daß so viele schlegte jetzt beibehalten wören, er meinte man müsse nun ausmerzen. Habe ich wohl verbiert, daß die Chlenten menschen das Holz, was in Münster auf den Hoff und im Keller stehen blib, mit 300 und einige 30 Thlr. von den meinigen bezahlt magten, wie konnten diese miserabile menschen denken, daß ich auf Citation mit Napoloson von gottes gnaden anfang erscheinen oder mich einlassen, würde wen esville tauende Betragen so hette ich sie verloren aber mich nie vor solchen Chlenten Richter gestellt ich werde ihnen auf die dortige Case gld an weisen beklagen sie den Schlicht und tragen ihm auf, das er mein Poroslain guht packen lebt und nach Magdeburg abhendet, wen ich davon abvertt bin, will ich meinen Sohn den Hrn. v. Assedburg auf tragen, daß er es von Magdeburg holen lebt nur Adio mein alter Winter ich wünsche das es ihnen wohl geht, empfehlen sie mich dem Bischof und Vincke, und vergessen sie mich nicht Bluseher.

Leipziger Stadttheater.

-e Leipzig, 20. Oct. Mozart's „Don Juan“ ging gestern zum großen Theil neu besetzt in Scene. Die Donna Anna gab zum ersten mal, soweit wir uns erinnern, Hrl. Widl, und zwar in durchaus edler Auffassung, voll warmer Empfindung und dramatisch belebt. In letzterer Beziehung leistete sie namentlich in der Scene an der Leiche ihres Vaters und in der Arie mit dem voraufgehenden großen Recitativ: „Du kennst den Verräther“, die sie mit Leidenschaft und großem Schwung vortrug, bedeutendes. Im Sextett im zweiten Acte, in welchem Donna Anna bei ihrem Auftritt und in ihren ersten auf die Trauer um

Savet-Pacha bleibt weiter östlicher Commissar für die Grenzregulirungsfrage. Derselbe soll auf die Erinnerung zum obersten Inspector der Reformen verzichten wollen.“

* New York, 22. Oct. Staatssekretär Evarts hat hier eine Rede gehalten und dabei unter anderem geäußert: Wenn das allgemeine Stimmrecht gefährdet sei, so werde das Volk dasselbe aufrecht zu erhalten wissen wie bisher. Die Nation habe dem General Grant nach dem Secessionskriege die höchsten Ehren verliehen. Wenn die Freiheit des Landes nochmals bedroht werden sollte, werde das Volk seine Wohlthat abermals dem Bürger anvertrauen, der die Rechte der Volkswahl am besten aufrecht erhalten kann. — Ans Mexico vom 15. Oct. wird hierher gemeldet, daß Justo Benitez, dessen Name vielfach bei den Candidaten für den Präsidentenposten genannt wurde, zum Minister des Auswärtigen ernannt worden ist.

Die Wiedergeburt der national-liberalen Partei.

= Leipzig, 23. Oct. Während nach den Sitzungen im letzten Reichstag und bei den preußischen Wahlen die national- oder gemäßigt-liberale Partei nicht bloss von ihren Feinden so gut wie tot gesagt, sondern selbst wol von manchen ihrer Freunde nahezu aufgegeben ward, steht dieselbe plötzlich allem Anschein nach wieder lebens- und actionsfähig da, als Bündesgenossin gesucht nicht bloss von dem gemäßigten Theil der Conservativen, sondern selbst von der Regierung.

Was beweist dies? Dass der Bestand und die Wirksamkeit einer solchen Partei wie die national- oder gemäßigt-liberale nicht das Werk einer willkürlichen Parteibildung, sondern eine sachliche Nothwendigkeit ist.

Gibt dies aber der national- oder gemäßigt-liberalen Partei ein Recht, auf ihre unverwölkliche Bedenkseligkeit zu pochen? Keineswegs, sondern es liegt ihr nur die Pflicht auf, diese Fähigkeit dadurch fit zu erhalten, daß sie der Aufgabe, welche der Gang der Dinge selbst an sie stellt, voll und ganz entspricht.

Die national-liberale Partei ist nur theilweise in das preußische Abgeordnetenhaus juridigkeitet; aber sie ist, auch soweit sie wiedergewählt worden, nicht als dieselbe wiedergekommen; eine Wuterung derselben hat offenbar stattgefunden — zum Theil in den Personen selbst, zum Theil in der vorherrschenden Stimmung der Partei.

Wenn das Jahr 1866 — in Preußen wenigstens — das Geburtsjahr der national-liberalen Partei war, so wird man das Jahr 1879 hoffentlich als das Jahr einer Wiedergeburt der Partei, allerdings einer schweren und schmerzensvollen, bezeichnen können.

Bei allen menschlichen Einrichtungen trifft es mehr oder weniger zu, daß ihre Entstehung fast immer bestimmend ist und bleibt auch für ihre weitere Entwicklung. Nicht bloss von den Regierungen gilt das:

ihren Vater sich beziehenden Neuerungen von der Musik wie von einem Heiligenchein umwohnen scheint — auch in ihrer letzten Arie klingt es wie Todesschreck hindurch — hätte die äußere Haltung sowie der Ausdruck des Gesanges noch etwas mehr dem bezeichneten Charakter der Musik entsprechen können, der Gesang vielleicht durch eine noch godämpftere Färbung des Tones. Im allgemeinen blieb noch — was schon bei andern Gelegenheiten von uns bemerkt worden ist — das östere im Interesse eines rein sinnlichen Effects angewendete Dehnen des Tones, namentlich bei Schlussfällen, hinwegwünschen. Solche Effectmittel wirken, besonders in Momenten, wo wir eben durch die echt künstlerische Darstellung der Sängerin ergriffen worden sind, mit einem mal wie eiskaltes Wasser. Möchten doch unsere Künstler von solchen, wir können nicht anders sagen, zopfigen Manieren ein für allemal sich lössagen. Dr. Sigmund als Octavio beklundete in seinem Gesange entschiedene Fortschritte, namentlich in der ersten Arie; seine Tongebung, wenn auch zuweilen zum Detoniren neigend, zeigte doch größere Festigkeit. Im Sinne einer Aufmerksamkeit war der ihm hier, wo es sich um keine anspruchsvolle Rolle handelte, zutheil gewordene, von manchen Seiten bestrittene, Beifall wohl zu gönnen. Eine vorzülliche Leistung war die Donna Elvira von Hrl. Schreiber, bei edler Haltung doch leidenschaftsvoll. Bei der musikalischen Durchführung der Rolle war das schöne Ebenmaß, die künstlerische Correctheit des Vortrages (im weitesten Sinne) wohlthuend. Mit verdienter lebhaften Beifall wurde die Wiedergabe der Arie mit vorausgehendem Recitativ: „Mich verläßt

„wie begründet, so geführt“, sondern auch von politischen Parteien. Die national-liberale Partei in Preußen ging 1866 hervor aus der Fortschrittspartei; letztere wiederum war ein ganz specifisches Produkt des Verfassungsconflicts von 1861, welcher die gemäßigte oder altliberale (Binde'sche) Partei aus dem Abgeordnetenhaus hinausdrängte und auf ihre Plätze eine Partei der entschiedenen Opposition brachte.

Von dieser Fortschrittspartei nun löste sich 1866 die national-liberale Partei ab. Sie bestand aus denen, welche die von der Regierung und speciell von Bismarck durch Vorlegung des Indemnitätsgesetzes gebotene Hand zur Versöhnung nicht zurückweisen, welche den Conflict nicht verewigen, vielmehr schließen wollten. Ihr Lösungs- und Sammelwort war die große nationale Politik Bismarck's. Weil und so lange Bismarck eine solche Politik verfolgte, hiess es, könne ja müssen man mit ihm gehen und müsse das Vergangene vergessen. Man vergaß es auch wirklich so weit, daß man nicht allein die nationale Politik Bismarck's kräftigst unterstützte, sondern der Persönlichkeit Bismarck's, der Erhaltung eines solchen Mannes an der Spitze der Reichsregierung, manche nicht leichte Opfer brachte — zwar nicht an Grundsätzen, aber doch an der augenscheinlichen praktischen Geltendmachung solcher Grundsätze in ihrer vollen Schärfe.

So ward die Partei allmählich aus einer specifisch national-liberalen zu einer gemäßigt- oder, wenn man will, conservativ-liberalen im allgemeinen, zu einer Partei, die sich von ihren alten Freunden und Ge- nossen in der Fortschrittspartei nicht mehr blos in dem Punkt trennte, daß sie vor allem das nationale Moment betonte und diesem zu Liebe Zugeständnisse mache, sondern überhaupt durch eine mehr realpolitische Haltung, dadurch, daß sie bei jeder Angelegenheit, die sie mit zu entscheiden hatte, sich selbst gleichsam erst fragte: wie würdest du handeln, wenn du diese Angelegenheit praktisch, als Regierung, zu ordnen hättest?

Infolge dessen traten allmählich immer schärfere Gegensätze zwischen den ehemals Gleichgesinnten hervor. Und hier war es nun, wo ein Theil der National-Liberalen seinen Ursprung und seine alten Wahlverwandtschaften nicht so leicht zu verleugnen oder, wenn auch zu verleugnen, doch nicht zu verschmerzen vermochte.

Diese National-Liberalen betrachteten im stillen noch immer das Opponieren und die Geltendmachung bestimmter abstrakter Prinzipien als den eigentlichen Mutterboden der ganzen „großen liberalen Partei“, zu der auch die National-Liberalen gehörten, die gemäßigte Haltung dieser letzten aber nur als eine Art von Waffenstillstand, von Vertagung weitergehender Forderungen bis zu gelegentlichem Zeitpunkte; sie meinten, von Zeit zu Zeit, gleich dem Antaus, zu jenem Mutterboden zurückzukehren zu müssen, um nicht die Kraft und Lebensfähigkeit einer politischen Partei einzubüßen. Die fortwährenden Angriffe und Vornahme der Fortschrittspartei gegen die Nationalen als „Abtrünnige“, als „von der Sache der Freiheit Abgefallene“ etc., thaten dabei auch das Ihrige.

So kam es, daß die Partei vielfach ein Janusgesicht zeigte, eins, das wie schmälig zurückhaut nach der geschichtlichen Wiege der Partei, dem Fortschritt und dem Conflict, und ein anderes, das, abgewendet von der Vergangenheit, nur nach vorwärts

blickte und dort den rechten Weg zum rechten Ziele suchte. So entstand ein „linker“ und ein „rechter“ Flügel.

Wesentlich anderer Art als in Preußen war die Entstehung und Entwicklung der national-liberalen Partei in den andern deutschen Staaten, ja auch in den neuen, 1866 erst zu Preußen hinzugekommenen Provinzen. Hier hatte sich schon lange, meist schon vor 1848, eine gemäßigte oder altliberale Partei von einer mehr radicalen gesondert. Das Jahr 1848 hatte zwar für kurze Zeit beide geeinigt, und zwar vornehmlich in dem Gedanken der deutschen Einheit; allein als die ihrer Majorität nach gemäßigt-liberale Nationalversammlung zu Frankfurt diesen Einheitsgedanken monarchisch-constitutionell formulirte, gingen die Radikalen großtheoretisch ins particularistische Lager über, sodas fast nur die gemäßigten Liberalen auf richtige Träger des nationalen Gedankens blieben.

So kam es, daß der eigentliche Stamm und Kern der „nationalen“ Partei in den meisten deutschen Staaten von Haus aus gemäßigt-liberal war, und daß es dieser Partei dort weder eine besondere Überwindung, noch ein Vergessen ihres Ursprungs und ihrer eigenen Vergangenheit kostete, um auch in innern Fragen nicht radical, sondern gemäßigt zu versuchen. Im Gegentheil wurden viele Radikale durch ihre Sympathien für die nationale Bewegung zu den Gemäßigt-Liberalen hinübergezogen, wurden selbst gemäßigt. So hat hier in Leipzig die national-liberale Partei die früher hier vorhandene demokratische Partei, die ungefähr auf dem Standpunkte der Deutschen Fortschrittspartei stand, gewissermaßen aufgefangen und in sich aufgenommen; so ward die „bairische Fortschrittspartei“ eine Mischung gemäßiger und weiter fortgeschrittenen Elemente, die ihren Einigungspunkt im nationalen Gedanken fanden, wobei aber, wie die Führerschaft Stauffenberg's, M. Barth's und Marquardsen's bewies, das gemäßigte Element meist überwog. Ähnlich war es lange vor 1866 in Hannover und ist es noch heute in Württemberg, in Baden, in Thüringen etc.

Daraus erklärt es sich denn auch leicht, warum bei den neuesten Schwankungen der Partei im jüngsten Reichstage die Mitglieder aus den andern deutschen Bundesstaaten und aus den neuen preußischen Provinzen, speciell aus Hannover, überwiegend nach rechts hin standen, die altpreußischen Mitglieder meist nach links. Nun war es ja natürlich, daß inmitten der allgemein deutschen national-liberalen Partei die preußischen Elemente derselben eine gewisse bevorzugte Stellung einnahmen und ein gewisses Übergewicht ausübten, theils ihrer Zahl wegen, theils als Repräsentanten des weitauß größten und maßgebendsten Bundesstaates. Die andern unterordneten sich selbst mehr oder weniger dieser preußischen Führung. Persönliche Vorfälle einzelner Wurführer, die der linken Seite angehörten, machten jenes Übergewicht noch ausschlaggebender. Auch andere deutsche Länder fanden einige rednerische Talente von der gleichen Richtung. So kam es, daß der Schwerpunkt der Partei vielfach mehr nach links als nach rechts hin neigte, zum wenigsten in den Reden, wenn auch nicht in den Abstimmungen der Partei. Aber es war schon ein Übelstand, daß nicht selten die Partei bei den Vorreden im Hause durch heftige Reden stark nach links hin engagiert ward und daß dann erst hinterher bei der zweiten oder gar der dritten Lesung der ruhigere Theil der Parteigenossen

so weit die Oberhand gewann, um ein gemäßigtes Votum der Fraktion zu Stande zu bringen.

Ebenso war und ist es zum Theil noch mit der Presse der Partei. Diejenigen Publicationen, welche bisher als wirkliche Organe der Fraktion galten, gingen und gehen noch heute, wo doch constatirt ist, daß die Mehrheit der national-liberalen Fraktion im neuen Abgeordnetenhaus dem rechten Flügel angehört wird, unbekannt und kaum mit etwas Reserve im gewohnten Fahrwasser des linken Flügels. Im übrigen zweifellos gut national-liberale Blätter, welche aber dieser Directive nicht folgten, wurden von Berlin aus förmlich excommunicirt.

Wie alles dieses auf die Stellung und Tätigkeit der national-liberalen Fraktion, wie es auf deren Verhältniß zur Reichsregierung und zum Reichskanzler einwirkt, soll hier nicht im einzelnen recapitulirt werden. Daß Fehler gemacht worden, Fehler, welche den theilweisen Niedergang der Partei wesentlich mit verursacht haben, ist zweifellos, und daß diese Fehler vornehmlich durch das zu große Uebergewicht der mehr nach links neigenden Elementen veranlaßt wurden, ist ebenfalls gewiß.

Heute nun ist noch einmal der Moment gekommen, wo die Partei sich äußerlich rehabilitiren kann, wenn sie sich innerlich regenerirt. Was ihr (zum Theil durch eigene Schuld) extensiv verloren gegangen, das kann sie intensiv durch rechtzeitige Erfassung und beharrliche Festhaltung eines festen Schwerpunktes als bisher wieder gewinnen.

Eins scheint uns dabei allerdings von vornherein entscheidend für diesen ganzen Neubildungsprozeß. Die verjährige Tradition von der „großen liberalen Partei“ muß aufgegeben und an ihre Stelle muß der Begriff einer großen realpolitischen oder, wenn man will, regierungsfähigen Partei gesetzt werden, d. h. einer Partei, welche (wie das auch die national-liberale Partei zumeist gethan hat, nur aber nicht immer consequent und auch da, wo sie es that, mehr zögern und widerwillig als aus ihrem eigensten Prinzip heraus) bei jeder Maßregel, die sie entweder zu beschließen oder zu kritisiren hat, nicht so sehr danach fragt, wie sich dieselbe zu gewissen abstrakten Ideen oder Forderungen verhält, als danach, ob dieselbe, den gegebenen Verhältnissen nach, fürs Wohl des Ganzen — dies Wort im höchsten und weitesten Sinne genommen — zweckmäßig oder nicht, nothwendig oder nicht erscheine.

Es hat keine Gefahr, daß die Partei dadurch dem wahren Liberalismus abwendig gemacht oder zu einer bloßen Partei der sogenannten Opportunität (Zweimäßigkeit) herabgedrückt werde. Der wahre Liberalismus besteht nicht in abstrakten Programmsätzen, sondern in der unbefangenen, einstinctiven, auf praktische Erfahrungen gestützten Erwägung der jedesmaligen Gesamtlage des Vaterlandes und der daraus fließenden reellen, zwingenden Bedürfnisse — sei es des raschen Vorwärtsgehens, sei es des zeitweiligen Innthalts, um nichts zu überhasten, oder auch, falls schon etwas durch Uebereilung verfehlt worden sein sollte, der besonnenen Rückbildung des Verfehlten.

Bei einer solchen Politik der Partei gleichsam aus einem Guss, nicht gestört oder getrübt durch Annahmen von anderswoher, durch Rückbezüglichungen auf früheres, bei einer Politik, die jedesmal die einzelne Frage streng in ihren Beziehungen zu den höchsten Interessen der Nation und zu den praktischen Verhäl-

der Unantastbare“, vom Publikum ausgezeichnet, bei welcher der überzeugende Ausdruck des Gefühls im Gesange durch das mit der Musik in schönem Einflang stehende Spiel wirksam verstärkt wurde. Hr. Monhaupt hatte den Charakter der Berline, die, anfangs naiv und harmlos und Don Juan gegenüber schüchtern, durch ihre Beziehung zu diesem mehr und mehr zur Selbständigkeit sich entwickelt und sich ihrem Bräutigam Masetto überlegen fühlt, in richtigen Bügeln, wohl ausgearbeitet und ansprechend wieder. Doch kann man sich Berline immer noch etwas anmuthsvoller vorstellen. Hr. Alberti als Masetto legte ein neues erfreuliches Zeugnis ab von seinem stetigen Fortschreiten. Er gab die Rolle musikalisch sicher, gewandt und in angemessener Auffassung, womit nicht gesagt sein soll, daß manche Blüte nicht noch charakteristisch schärfer ausgeprägt sein konnten. Bei einem wiederholten Auftritt läßt sich das noch: Fehlende ergänzen. Vorzüglich war Hr. Wiegand als Comithur; sein wuchtiges Organ befähigte ihn, die lezte Scene so zur Geltung zu bringen, wie wir es lange nicht gehört haben. Über den Don Juan des Hrn. Schelper und den Leopoldo des Hrn. Reh ist nichts Neues zu sagen. Der Leistung des vom Kapellmeister Ritsch geleiteten Orchesters ist namentlich sorgfältige charakteristische Durchbildung des Vortrages nachzurühmen.

Musikalisches aus Leipzig.

** Leipzig, 22. Oct. Unser Concertinstitut Euterpe hat gestern seine Tätigkeit wieder begonnen, um uns die Herbst- und Winterabende durch Kunstgenüsse zu sehr gut bezeichnen. Einzelheiten, z. B. ein leichteres

Staccato der Triolen in der Ouverture, einige weniger rein intonirte Töne etc. hätten zwar noch etwas besser gegeben werden können, beeinträchtigten aber die Totalwirkung nicht. Der ästhetische Eindruck wurde erzielt und darf man sich als bestrieden erklären.

Von Rudolf v. Gottschall liegt ein neuer dreibändiger Roman vor: „Das goldene Kalb“ (Breslau, Trewendt), und zwar schon in zweiter Auslage, ein Beweis des lebhaften Interesses, das er alsbald auf sich gezogen. Derselbe ist, wie schon der Titel annimmt, wesentlich gegen die verderbliche Uebermacht des Mammons gerichtet, die in verschiedenen Gestalten und Situationen hier zum Vortheil kommt. Doch würde man irren, wenn man ihn für eine Tendenzromant im herkömmlichen Sinne nähme. Jener Zweck tritt keineswegs aufdringlich oder lästiglich gefügt hervor, ergibt sich vielmehr ungeachtet aus der ganzen Composition; auch hat der Verfasser nicht in übertriebenen grellen Farben gemalt, sondern nur allzu wahre Zustände, wie sie eben sind, geschildert. Dasselbe läßt er uns in die mannigfachen Verhältnisse hineinblicken, die er von ihren guten und ihren bösen Seiten bald warm und gemüthlich schildert, bald mit Witz und Humor satirischend geistelt. Das freiwillige Heraufsteigen des Haupthelden, des reichen Majoratsberns Baron Ernst v. Grünhausen, in die bürgerliche Sphäre, sogar in die Arbeiterkreise, um das Leben von allen Seiten zu studiren und auch der Arbeit ihr Recht widersetzen zu lassen, beider auch ein bisschen Vorlesung zu spielen, erinnert etwas an den Rudolf in den „Mysterien von Paris“; doch ist sowol die Schilderung dieser Figur als auch das Ganze von der Raffinirtheit jenes französischen Romans weit entfernt. Der Roman ist spannend und bietet ein interessantes Sittenbild der Zeit nach den verschiedensten Seiten hin und zeigt eine gesunde Lebensanschauung sowol da, wo er verurtheilt, als da, wo er Sympathie und Beifall spendet.

nissen in gewis Staatsma sich eine beider We gewichtige Staatsma selbst zwölf allzu Ob der Parte unauffällige welche die Spize der ungsgen vorgenom ziebung auch auf auch erachtet v Gutbefind für das national- es, zu die nach bester das haben

Die G Auf 1 sieht zun den ihr au betreffend

Der E hrend, die Comm eintreten

Im S dieser Bo sinden h füllige, g principiell den neuen des Emerit lich die Kramten g hat die Ge zeit gestrichen einflüchtig und das L Wiederkehre Eine weite nach das S tragen soll sigen Bea doch wird eingewand die wichtigste trag des Emeritus Ableben d liche sich i Jahre lan sponds selbs gen Provinz beitrag bei 4-60 und den Kirchengesell sponnen mit und ihr ge füchte zugege dedenden gemeinden in Höhe v Staats-Kreis sich mit d Säge einheit die S Austrag b Zweig ei um hec der Entw und mögli

Corre hörten Au chung der Pflichtung der Debitments ge wird, zu die figur 900 M., des Vertreterung in bringen l Abstand

On d Debatta

g. 3 Pfarrer se sonstigen sollen.

Pfarr einen Ant der Inne

nissen ins Auge fasst, werden die National-Liberalen gewiß viel seltener in Differenzen mit dem großen Staatsmann gerathen, dessen Politik ja auch wesentlich eine solche ist, werden sie aber auch, falls einmal beider Wege sich zu scheiden drohten, sicherlich einen viel gewichtigeren Einfluss auf die Entschlüsseungen dieses Staatsmannes ausüben können als bisher, wo sie selbst zwischen einer realen und einer idealen Politik oft allzu sehr schwanken.

Ob diese innere Wiedergeburt der national-liberalen Partei, die uns in alle Wege unabsehbar und unaufziehbar dunkt, von den anerkannten Führern, welche die Neuwahlen in Preußen abermals an die Spitze der Partei berufen haben, mit den Gesinnungsgenossen im preußischen Abgeordnetenhaus allein vorgenommen und vollendet, oder ob das für eine Zugabe von Vertretern und Mitgliedern der Partei auch außerhalb der parlamentarischen Fraktion und auch aus den andern deutschen Ländern für notwendig erachtet werden darfste, das kann wohl unbedenklich dem Gutachten ebenjener Führer anheimgegeben werden. Für das Recht aber wie für die Pflicht eines jeden national-liberalen Organs in der Presse halten wir es, zu dieser Wiedergeburt der Partei klar und offen nach bester Überzeugung Stellung zu nehmen. Und das haben wir hier gethan!

Die Evangelische Generalsynode in Berlin.

Auf der Tagesordnung der Sitzung vom 21. Oct. steht zunächst der Bericht der dritten Commission über den ihr zur Beratung überwiesenen Kirchengesetzentwurf betreffend das Ruhegehalt der emeritirten Geistlichen.

Der Referent der Commission, Bankpräsident v. Dehndt, berichtet über die wichtigen Änderungen, die die Commission an dem vorgelegten Entwurfe habe eingetreten lassen:

Im ganzen und großen hat das Kirchenregiment mit dieser Vorlage das Richtige getroffen; von den Provinzialsynoden haben sich nur zwei, die rheinische und die westfälische, gegen dieselbe ausgesprochen, und diese nicht aus prinzipiellen Gründen. Die Commission billigte einstimmig den neuen Modus der Pensionierung und der Bezeichnung des Emeritengehalts, wie ihn die Vorlage vorschlägt, nämlich die Adoption des bei der Pensionierung der Staatsbeamten geltenden Princips.

Abweichend von der Vorlage hat die Commission die Bedingung der zehnjährigen Dienstzeit gestrichen; dieser Schritt hat die Commission auf die einmütige Förderung sämtlicher Provinzialsynoden gethan und das Kirchenregiment hat sich, wenn auch mit einem Widerstreben, zur Acceptirung dieser Änderung entschlossen.

Eine weitere exceptionelle Verkürzung enthält §. 4, wonach das Ruhegehalt der Geistlichen nicht unter 900 M. betrügen soll.

Die Pensionierungsbestimmungen für die sonstigen Beamten enthalten eine derartige Minimalgrenze nicht,

doch wird wohl kaum jemand etwas gegen diese Bestimmung einwenden haben.

Im §. 19 endlich hat die Commission die wichtige zusätzliche Bestimmung beschlossen, daß der Betrag des Pfarrerinkommens, den ein Geistlicher an einen Emeritus abzugeben hat, vor dem Pensionsfonds bis zum Ableben des Emeritus übernommen wird, wenn der Geistliche sich verpflichtet, den Betrag des Emeritantheits acht Jahre lang zum Pensionsfonds abzuführen. Der Pensionsfonds selbst soll gebildet werden (§. 10) aus den Zuschüssen aus Staatsfonds, den Zinsen und Einnahmen der bisherigen Provinzial-Emeritenzuschußfonds, den dauernden Pfarrbeiträgen (1 Proc. bei Einkommen unter 4000 M., 1½ Proc. bei 4–6000 M., 2 Proc. bei mehr als 6000 M. jährlich) und den durch Umlage aufzubringenden Leistungen der Kirchengemeinden. Die sämtlichen Provinzialemeritifonds sollen mit dem Tage der Ausführung des Gesetzes aufgelöst und ihr gesammtes Vermögen dem Pensionsfonds der Landeskirche zugeführt werden. Die aus andern Quellen nicht zu bedeckenden Beträge sind durch Umlagen von den Kirchengemeinden der Landeskirche aufzubringen, und zwar zunächst in Höhe von 1½ Proc. der von den Mitgliedern gezahlten Staats-Kassen- und Einkommensteuer. Die Commission hat sich mit diesem von dem Kirchenregiment vorgeschlagenen Sache einverstanden erklären müssen, da bei dieser Gelegenheit die Frage der Beteiligung des Staates nicht zum Austrag gebracht werden kann, vielmehr dann ohne Zweifel eine Diskussion dieses so dringlichen Gesetzes um sechs Jahre eingetreten wäre. In der Commission ist der Entwurf schließlich einstimmig angenommen worden, und möchte sich eine En-bloc-Annahme wohl empfehlen.

Correferent Hchr. v. Liliencron folgt den eben gehörten Ausführungen nur noch hinzu, daß die Streichung der zehn Jahre, d. h. der Eintritt der Verpflichtung zur Zahlung von Emeritengeldern vom Tage der Ordination an, die Zustimmung des Kirchenregiments gefunden hat. Was in Nr. 19 hinzugefügt wird, zu Gunsten der Geistlichen, ist sehr wenig, ebenso die Fixierung des Mindestbetrages der Pension auf 900 M., aber angesichts der kategorischen Erklärung des Vertreters des Kirchenregiments, daß jede Änderung in dieser finanziellen Frage das Gesetz zu Falle bringen könnte, haben wir von höheren Sägen vorerst Abstand nehmen müssen.

In der Specialdissemination werden §. 1 und 2 ohne Debatte angenommen.

§. 3 bestimmt, daß die §§. 1 und 2 auf Militär-Pfarrer sowie auf Geistliche bei Straf-, Kranken- und sonstigen öffentlichen Anstalten keine Anwendung finden sollen.

Pfarrer Engelbert-Duisburg befürwortet hierzu einen Antrag, wonach den Anstaltsgeistlichen im Dienste der Innern Mission auf Antrag der Beteiligten die-

selben Rechte nach §§. 1 und 2 zugeschen sollen, d. h. es sollen diese Anstalten als Berechtigte zu dem Pensionsfonds durch Ermächtigung des Oberkirchenrates zugelassen werden. Die Generalsynode müsse diese Gelegenheit benutzen, um ihr Votum zu Gunsten der treuen und aufopfernden Arbeit der Missionare der Innern Mission abzugeben.

Der §. 3 wird mit diesem Antrage angenommen.

§. 4 und 5 (das Ruhegehalt steigt von 20 Achttzigsteln des Gehaltes um jährlich 1 Achttzigstel bis zum Höchstbetrage von 60 Achttzigsteln, beträgt jedoch nicht unter 900 und über 5000 M.; das Dienstalter rechnet von der Ordination an; die Zeit, während welcher ein Geistlicher vom 25. Jahre ab in einem kirchenregimentlichen Amte [Antrag Scholt] fest angestellt gewesen ist, soll auf das kirchliche Dienstalter in Rechnung gebracht werden, gleichviel ob sie der Ordination vorausgeht oder nachfolgt) werden nach kurzer Debatte angenommen.

§. 6–10 werden ohne Discussion genehmigt.

Zu §. 11 (Auflösung des Provinzialemeritifonds) liegt ein Antrag des Landschaftsrathes Holz vor, daß die Auflösung des Fonds der Oberlausitz, der von den Ständen begründet ist und verwaltet wird, erst nach Einholung des Einverständnisses der reglementsmäßigen Vertreter stattzufinden habe. Der Paragraph wird mit diesem Amendement angenommen.

Nach §. 14 soll vom Tage der Emeritierung eines Geistlichen ab dessen letzte Stelle acht Jahre lang ein Viertel ihres gesamten Pfänden- oder etatsmäßigen Einkommens an den Pensionsfonds abfließen. Der Paragraph findet Annahme.

§. 15 legt der Berechnung des Ruhegehaltes das wirklich bezogene, wenigstens ein Jahr lang durch Pfarrbeiträge versteuerte Einkommen zu Grunde.

Nach kurzer Debatte gelangt der Paragraph zur Annahme, desgleichen die §§. 16–23. Es wird noch eine zweite Lesung erfolgen.

Als neuen §. 24 schlägt Dr. Hildebrand vor: „Dieses Gesetz tritt erst nach Abschaffung der Stolzgebühren in Kraft.“ Der Antrag wird jedoch ohne Debatte abgelehnt.

Hierauf ertheilt die Synode dem so amendirten Entwurf im ganzen ihre Zustimmung, nimmt auch den Antrag der Commission an:

„Den Evangelischen Oberkirchenrath zu ersuchen, in der Zwischenzeit bis zur Bekündung des vorliegenden Kirchengesetzes aus Gründen der Billigkeit für die thunlichste Erhöhung der Zuschüsse aus den provinziellen Emeritenzuschußfonds zu Gunsten der jetzt lebenden emeritirten Geistlichen Sorge zu tragen.“

In der Sitzung am 22. Oct. stand auf der Tagesordnung zunächst der Antrag des Grafen v. Kraßow:

Die Generalsynode wolle beim Oberkirchenrath beantragen, daß derselbe bei allen Neubesetzungen erledigter Superintendenturen und bei Befreiungen von Pfarrern, mit denen ein Ephorat organisch verbunden ist, oder mit welchem derselbe nach der Ansicht des Kirchenregiments verbunden werden soll, den Vorschlag des durch den Provinzialsynodalvorstand erweiterten Consistoriums der betreffenden Provinz abwarte, resp. erfordere.

Der Antrag wurde mit bedeutender Majorität angenommen.

Über eine Petition des Pfarrers Thiel betreffend die Selbstcommunion der Geistlichen referiert Superintendent a. D. Erdmann-Tilsit; er beantragt im Rahmen der Petitionscommission, mit Rücksicht auf die Erklärung des Oberkirchenrates, daß im Bedürfnisfalle, wenn im Instanzenwege darum angehalten werden, die Summe (Selbstcommunion) gestattet ist, den Übergang zur Tagesordnung.

Hofprediger Kögel schlägt dagegen vor, den Oberkirchenrat zu ersuchen, das Verbot entweder im Wege der Verwaltung oder falls erforderlich im Wege der Kirchengesetzgebung aufzuheben. Antragsteller kann sich nur erklären, daß das Verbot aus einem Missverständnis der Schmallaldischen Artikel entstanden sei, wo aber nur verboten sei, daß der Pfarrer extra ecclesiam, außerhalb der Versammlung der Gemeinde communicire.

In West- und Süddeutschland begreift man ein solches Verbot gar nicht und in der Anglicanischen Kirche sei sogar vorgeschrieben, daß der Geistliche zuerst communiziere. Der Antrag Kögel wird mit großer Majorität angenommen.

Wehrere Petitionen beziehen sich auf das Zusammenfallen der Confirmation und der Schulentlassung; nach einer Besfügung der Regierung zu Potsdam könne das Schuljahr mit vollendetem 14. Lebensjahr aus der Schule entlassen werden; daraus entstehe der Uebelsstand, daß ein Kind schon vor, oder erst nach der Confirmation aus der Schule entlassen werde, während doch zu wünschen sei, daß Confirmation und Schulentlassung zusammenfallen; Referent der Petitionscommission Consistorialrath Reichhelm beantragt deshalb, daß zur Durchführung dieses Grundzuges die entgegenstehende generelle Anordnung einer zweimaligen Schulentlassung (zu Ostern und Michaelis) in Betreff der Volksschule zurückgenommen werde. Oberconsistorialrath Richter erklärt sich namens des Kirchenregiments für den Antrag, der darauf mit sehr großer Majorität angenommen wird.

Um 4 Uhr verlädt sich darauf die Generalsynode. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Trauungsordnung.)

Deutsches Reich.

Man schreibt der National-Zeitung:

Über die Natur des Einverständnisses zwischen Deutschland und Österreich circulieren einzelne Verträge, welche weder dem Inhalt noch dem Charakter des selben entsprechen. Wir glauben den Thatsachen zu entsprechen, wenn wir dem gegenüber betonen, daß eine Defensivvereinbarung für bestimmte Fälle besteht, die eigentlich wol eine schriftliche Form annehmen könnte, wenn es sich darum handeln würde, die weiteren Folgen des eingetretenen Casus foderis zu regeln. Vorläufig, d. h. so lange die betreffenden Voraussetzungen nicht eintreten, ist weder Deutschland noch Österreich einer speziellen Macht gegenüber engagirt, das allgemeine Einvernehmen braucht also durch die wiener Verständigung in seiner Weise gefördert zu werden. Der bedingungsweise Charakter derselben mag es nun gerade gewesen sein, der die Veranlassung gab, dem diplomatischen Organ der deutschen Staaten über den Standpunkt der deutschen Politik in gewissen Eventualitäten Aufschluß zu geben, deren Eintritt in jüngster Zeit von der öffentlichen Meinung so allseitig erwartet wurde, daß die Regierungen der Mittelstaaten jedenfalls einen Anspruch darauf hatten, zur offiziellen Kenntniß des wahren Sachverhalts zu gelangen.

Die Neue Preußische Zeitung sagt im Hinblick auf die verschiedenen Mitteilungen über das deutsch-österreichische Bündniß: „Ganz sichere Nachrichten über die Lage der Sache stehen wol keiner Zeitung zu Gebote, da das politische Geheimniß sicherlich von den wenigen Personen gewahrt wird. Indessen kann man annehmen, daß, gleichviel in welcher Form, die Vereinigung mit Österreich erzielt worden ist, daß Deutschland und Österreich in politischer und wirtschaftlicher Beziehung sich eng aneinander schließen, und daß Englands Politik mit voller Sympathie diese Verständigung begrüßt. Hierdurch ist, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, eine neue Bürgschaft für die Erhaltung und Festigung des europäischen Friedens gegeben.“

Gegenüber den Stimmen (besonders englischen, aber auch einzelnen österreichischen), welche die Abmachungen zwischen Deutschland und Österreich gern zu einer möglichst unversöhnlichen Feindschaft mit Russland aufspulen möchten, spricht sich zu unserer Freude die National-Zeitung so aus: „Auf deutscher Seite kann vernünftigerweise Russland gegenüber kein anderer Wunsch bestehen als die Aufrechthaltung eines freundnachbarlichen Verhältnisses. Wir halten diejenigen Stimmen für sehr gut autorisiert, die von deutscher wie von österreichischer Seite ausscheiden, daß Russlands Platz an der Seite der zwei Kaiser-mächte stets offen ist, wenn es die Aufrechthaltung der internationalen Verträge sich gleich diesen zur Aufgabe setzt. Über die Aussichten einer solchen Politik können wir natürlich nicht aburtheilen; der Zweifel daran hat gerade zu den neuesten Abmachungen geführt.“

Der Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt man aus Paris:

Der Gedanke eines Revanchekrieges und die Rechnung, die internationales Beziehungen von diesem Gedanken aus zu beurtheilen, ist gegenwärtig lebhafter als bei irgend einer andern Partei bei den Orleans. Doch nur bei den Personen dieser Gruppe, welche aus persönlichem Interesse einen Beruf aus der Politik machen. Diese in gesellschaftlichen Kreisen zu machende Wahrnehmung findet sich nicht nur im Soleil, dem Hauptorgan der Partei, sondern auch, freilich weniger auffallend, in andern Blättern derselben Farben bestätigt in ihren Schilddungen deutscher Zustände, in Urtheilen über die Politik des Reichskanzlers und in Liebenswürdigkeiten für den Fürsten Gortschakow. Man darf sich das wol daraus erklären, daß die Hauptelemente der Partei diesen Elementen an sich zu ziehen suchen, welche in Betreff der inneren Politik andern Gruppen angehören, aber kriegerischer als ihre Parteigenossen sind. Es fragt sich jedoch, ob die Hölzer sich dadurch nicht einen größeren Verlust in den Reihen der Industriellen und Handelsreibenden zu ziehen werden, bei denen der Orleansismus eigentlich nur in einer pietätvollen Erinnerung an den Vaterland mit dem Regenschirm und seine 18 Friedensjahre besteht.“

Die Provincial-Correspondenz sagt über den Tod des Staatsministers v. Bülow: „Der Kaiser und das Deutsche Reich haben einen treuen und ausgezeichneten Diener verloren. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Staatsminister v. Bülow ist am Montag, 20. Oct., zu Frankfurt a. M. auf der Reise nach Cannes im südlichen Frankreich von einem Schlag getroffen worden und den Folgen desselben an dem nämlichen Tage erlegen. Den verstorbenen Minister zeichneten eine seltene Arbeitskraft, ein edler, zuverlässiger Charakter und eine vielseitige geistige Bildung aus. Dem Fürsten-Reichskanzler war er seit dem Jahre 1873, wo der Verstorbene den Posten des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt antrat, ein bewährter Gehilfe. Die Liebenswürdigkeit seines Umgangs haben die Vertreter der fremden Regierungen nicht minder wie alle Einheimischen, die mit ihm in persönliche Begegnung kamen, zu erfahren Gelegenheit gehabt.“

Aus Berlin vom 22. Oct. berichtet man der Magdeburgischen Zeitung: „Die zuletzt eingetretene Abmachung über des Bundesrates findet nunmehr in die Beratung den Antrag eingetreten, die 20-Pfennigstücke ein-

ausziehen und in 2-Marschstufen umzutragen. Es haben Erhebungen über das Bedürfnis und die Verhältnisse im praktischen Bericht stattgefunden und es ist nach allem anzunehmen, daß der Zustimmung zu dem Antrage nichts entgegengestellt werden wird. Die Reduktion der 20-Pfennigstufe wird sich jedenfalls als eine Wohlthat herausstellen, obschon man ihre völlige Einführung nicht vornehmen wird. Es ist bei dieser Gelegenheit auch die Frage wegen der allmählichen Einführung des Thaler wieder in Anregung gekommen. Man hat bis vor einiger Zeit an der Annahme festgehalten, als sei die Beibehaltung des Thaler ein allgemeines und lebhafte Verlehrbedürfnis und es ist infolge dessen angeordnet worden, die seit einiger Zeit eingezogenen Thalerstufen wieder in den Bericht zu bringen. Indessen ist nach kurzer Zeit ein so beträchtlicher Theil der ausgegebenen Summe wieder an die Bank zurückgekommen, daß man von einer weiteren Ausgabe Abstand genommen hat. Es scheint hiernach, daß man allmählich die noch kursirenden Thaler doch auch einziehen wird."

Das kaiserliche Patentamt hat sich entschlossen, daß von ihm herausgegebene Patentblatt dahin zu erweitern, daß dasselbe eine kurze Beschreibung und, soweit es angeht, bildliche Darstellung der ertheilten Patente bringt. Die Erweiterung soll am 1. Jan. 1880 beginnen und alle nothwendigen Vorlehrungen hierzu sind bereits getroffen.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 ist das Verbot der vom kommunistischen Arbeiterbildungverein in London herausgegebenen periodischen Druckschrift „Freiheit“ auf diejenigen Nummern dieses Blattes, welche unter der Aufschrift „Die Phalange“ zur Ausgabe gelangen, erstreckt worden.

Preußen. Die Provinzial-Correspondenz theilt in Bezug auf den geschäftlichen Gang, welchen die Angelegenheit der Simultanisierung der Knabenschulen in Elbing genommen, folgendes mit: „Der erledigende Bericht der Regierung zu Danzig, datirt vom 24. Sept., traf am 29. Sept. auf dem Cultusministerium zu Berlin ein; der gutachtlische Bericht des Oberpräsidenten von Westpreußen, datirt vom 29. Sept., ging dem Ministerium am 3. Oct. zu. Hierauf wurde der königlichen Regierung zu Danzig am 7. Oct. durch eine Depesche angezeigt, daß der Cultusminister sich für das Fortbestehen der katholischen Knabenschule entschieden habe, und daß der Magistrat zu Elbing von dieser Entscheidung in Kenntniß zu sezen sei. In der Depesche war eine Verfügung in Aussicht gestellt, welche unter dem Datum des 8. Oct. an die Regierung zu Danzig erging. Als hierauf eine Deputation der Gemeindebehörden von Elbing bei dem Cultusminister erschien und mündlich beschieden worden war, richtete der Magistrat von Elbing eine durch die Deputation bereits angezeigte schriftliche Gegenvorstellung unter dem 13. Oct. an das Ministerium. Diese Vorstellung traf am 14. Oct. in Berlin ein und wurde durch einen am 15. Oct. an den Magistrat abgesendeten, vom 14. Oct. datirten Bescheid erledigt.“

Sodann gibt das offizielle Blatt den Wortlaut des Bescheids des Cultusministers:

Dem Magistrat kann ich auf die mir heute zugegangene gesäßige Aufschrift vom gestrigen Tage betreffend die paritätische Einrichtung der dortigen Knabenschulen nur ergeben erwider, wie ich weit davon entfernt bin, anzunehmen, daß andere als sachliche Erwägungen bei den von wohlbemerkten in dieser Beziehung getroffenen Maßnahmen zur Geltung gekommen sind. Ich habe nach Kenntnißnahme der Sachlage in meiner an die königliche Regierung zu Danzig gerichteten Verfügung, nach welcher dieselbe ausführlichen Bescheid dorthin ergehen lassen sollte, was inzwischen wol geschehen sein wird, auch nicht umhin gekonnt, anbiederlich anzuerkennen, daß der Magistrat Grund gehabt habe, sich dem Glauben hinzugeben, es werde nach der früher gestatteten Übersführung der dortigen Mädchenschule in das Simultanisystem auch zur paritätischen Einrichtung der Knabenschule die höhere Genehmigung nicht versagt werden, und daß demselben nicht der Vorwurf gemacht werden könne, im Hinblick auf die Entwicklung des dortigen Schulwesens und auf die von der königlichen Regierung hierzu eingenommene Haltung in der eingeschlagenen Richtung lediglich einseitig vorgegangen zu sein. Ich muß aber zur Richtigstellung der Sachlage doch bemerken, daß von meinem Herrn Amtsvergänger die Genehmigung zur Simultanisierung der Knabenschulen nicht ertheilt worden ist. Die Frage der dortigen paritätischen Schuleinrichtung ist vielmehr erst insoweit eines im Jahre 1877 in einem öffentlichen Blatte erschienenen Artikels von hier aus aufgenommen, dann meinesseits infolge des Protestes katholischer Gemeindemitglieder Elbings gegen Ende dieses Sommers der nahmen Errichtung unterzogen und eine militärische Entscheidung vor denjenigen vom 8. Oct. überhaupt nicht getroffen worden. Wenn ich nun aber auch das Vorgehen des Magistrats bis zu einem gewissen Punkte formell als berechtigt habe anerkennen müssen, so kann doch in dem blohen Gewöhnenslassen der zunächst vorgelegten Behörde für mich kein Grund liegen, die allgemeinen Gesichtspunkte, welche ich in der Simultanisfrage als maßgebend festzuhalten habe, unbeachtet zu lassen, und dies um so weniger, als ich im vorliegenden Falle auch die von dem Magistrat für die Simultanisierung der Knabenschulen im besondern geltend gemachten Gründe nicht für ausschlaggebend zu erachten vermag. Was zuvörderst die in der gesäßigen Aufschrift mit besonderem Nachdruck als hauptsächlicher Beweisgrund für die vorliegende behauptete Maßregel betonten we-

ten Erkenntnungen anlangt, welche die katholischen Knaben zurückzulegen haben, wenn sie die für sie bestimmte Schule besuchen sollen, so ist dem gegenüber darauf hinzuweisen, daß sich die zunächst beteiligten katholischen Hausväter darüber nicht beschwert haben, und daß schon jetzt diejenigen unter ihnen, welche den Vortheil eines kurzen Schulweges höher anschlagen als den erzielichen Augen, der darin zu finden ist, daß ihre Kinder in einer confessionell eingerichteten Schule unterrichtet werden, dieselben in die evangelischen geschickt haben und fernherin werden dahin schicken können. Ebenso wenig kann ich den zweiten, bis jetzt übrigens in den gesamten Verhandlungen nicht zur Sprache gebrachten Gesichtspunkt, der sich auf die Überfüllung der unteren Klassen in den evangelischen Knabenschulen bezieht, ein Lebhaftstand, dem durch die Vereinigung derselben mit der katholischen Schule abgeholfen werden soll, für durchgreifend halten. Die drei evangelischen Schulen mit ihren 12 Klassen zählen 1801 Schüler, die katholische Schule mit ihren 8 Klassen deren 310. Der Vortheil, welcher die verhältnismäßig günstiger gestellte katholische Schule in der Vereinigung mit den weniger günstig gestellten evangelischen Schulen dem Ganzen zuführen würde, ist, wenn überhaupt vorhanden, doch jedenfalls so unerheblich, daß dies keinen ausreichenden Grund für die Simultanisierung dieser Schulen abgeben kann, namentlich gegenüber der auch von dem Magistrat nicht in Zweifel gestellten Thatstache, daß die katholische Knabenschule mit ihrer Gliederung in fünf aufsteigende Klassen vollkommen im Stande ist, das der Volksschule gestellte Lehrziel in bestriediger Weise zu erreichen. Indem ich sonach beäuere, den Wünschen des Magistrats nicht entgegenkommen zu können, gebe ich mich zugleich der Hoffnung hin, daß wohlderselbe den in ihrer bisherigen Verfaßung verbleibenden Schulen seine Fürsorge wie bisher, so auch fernherin bewahren wird.

Zur Simultanisfrage wird aus Herbede mitgetheilt: „Nach einem im Jahre 1875 gefassten Beschuß sollte die hiesige katholische Schule aus Gründen der Zweckmäßigkeit mit der evangelischen Schule vereinigt werden. Dagegen verwahrt sich aber die hiesige katholische Gemeinde, und nachdem sich die Sache sehr in die Länge gezogen hatte, erfolgte kürzlich von dem Cultusminister v. Puttkamer der Bescheid, daß es bei der Trennung beider Schulen kein Beweinden haben sollte.“

In einem Artikel über „die gegenwärtigen Erwartungen von der Wirtschaftsreform“ schreibt die Provinzial-Correspondenz:

„Ohne Widerspruch darf der Ausfall der Wahlen dahin geäußert werden, daß die Mehrzahl der preußischen Wähler ihr Vertrauen zu dem begonnenen Werke und ihren Wunsch nach Befriedigung desselben in dem Sinne, in welchem es begonnen worden, belustet hat. Weil demnach das Vertrauen, welches die Mehrzahl des preußischen Volkes der Regierung bei dem unternommenen Werke gewährt, bisher nicht hat erschüttert werden können, wird seitens der Gegner ein neues, sehr auffälliges Mittel versucht, der Regierung die ihr zugewandte Gestaltung der Wahlen sobald als möglich zu entzweien. Man sagt den Wählern, sie hätten von der Regierung die Anwartschaft auf einen unmittelbar bevorstehenden Ausschluß aller Verhältnisse erhalten; um dieser Anwartschaft willen hätten sie regierungsfreudliche Abgeordnete vorgezogen. An den Wählern sei es nunmehr, anzusehen, wie sie das ihnen Versprochen erhielten und, wenn die Versprechungen sich nicht bewahrheiteten, demnächst wieder zu den Gegnern der Regierung zurückzukehren.“

Es werden nun zwei von dem Blatte nicht namentlich bezeichnete liberale Zeitungslämmen als Beleg hierfür angeführt, woran die Provinzial-Correspondenz folgende Betrachtung knüpft:

Bon anderer Seite scheint man beharrlicher in dem Streben, die öffentliche Meinung dadurch zu erbittern, daß man ihr eindretet, sie habe ungemeine Versprechungen empfangen. Die Regierung steht diesem Streben mit Bedauern, aber ohne Bekämpfung gegenüber. Sie vertritt auf eine vielbewußtere Eigenschaft des deutschen Volkscharakters. Unser Volk weiß, daß große Verbesserungen und wahre Fortschritte sich langsam vollziehen und langsam die behobenden Früchte zeitigen. Das deutsche und insbesondere das preußische Volk hat die größten Proben abgelegt von unerträglicher Standhaftigkeit in dem Beharren auf dem als heilig erachteten Wege, von thätiger Geduld unter schweren Verhängnissen bei langsam austandendem Hoffnungsschimmer. Das deutsche Volk ist weniger wie ein anderes der Losung zugänglich: „Bon dem, was ihr heute angefangen, müßt' euch morgen die Früchte in den Sack fallen.“ Die Regierung hat die Wirtschaftsreform mit klarer Ueberzeugung und in fester Zuversicht unternommen, in welcher sie durch alle bisherigen Wirkungen nur bestärkt worden ist. Aber die Regierung weiß vollkommen, daß, was sie begonnen, ein Werk ist, zu dem eben nur der Grund gelegt worden, das nicht vollendet werden kann, ohne den fernern einsichtigen und willigen Beistand der Vertretungen im Reichstage und Landtage, das keine Früchte bringen kann, als durch die besonnene, von Uebertriebung und Ungeduld freie Ausnahme und Unterstüzung aller Volksklassen.“

N.L.C. Berlin, 22. Oct. Die Unsicherheit und Unklarheit der politischen Situation, unter welcher der Landtag eröffnet wird, zeigt sich in Gerüchten von bevorstehenden Veränderungen im Staatsministerium. Die Gerüchte gehen noch so wirr durcheinander und beruhen in den Einzelheiten augenscheinlich so sehr auf bloßer Vermuthung, daß man in den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen nicht vorsichtig genug wird sein können. Die Bedeutung eines neuen Wechsels im Cultusministerium im gegenwärtigen Augenblick wäre allerdings unverkennbar; nach der prononcierten Stellung, die Dr. v. Puttkamer eingenommen, würde ein solcher Wechsel ein wesentliches Hindernis hinwegräumen, das sich der Erzeugung der klerikal-konservativen Majorität durch eine solche der Mittelparteien bisher in den Weg gestellt hat. Es würde da- mit auf einen Schlag sowohl die parlamentarische Stel-

lung des Centrums als die der National-Liberalen in sehr wesentlicher Weise umgeändert werden. Doch, wie gesagt, augendlich scheinen uns diese Gerüchte noch zu schwommen und wenig begründigt, als daß es sich verlohrte, die Tragweite solcher Veränderungen im Staatsministerium zu erörtern.“

Telegraphisch wird der Magdeburgischen Zeitung aus Berlin vom 22. Oct. gemeldet: „Es wird von der nahe bevorstehenden Entlassung des Cultusministers gesprochen. Jedenfalls soll, wie auf das bestimmteste versichert wird, sein Verbleiben im Amt augendlich in Frage stehen und die Entscheidung darüber in allerhöchster Zeit, wahrscheinlich noch vor Eröffnung des Landtages, erfolgen. Der Grund dieses unerwarteten und schnellen Wechsels im Ministerium entzieht sich natürlich noch der öffentlichen Kenntniß; nur soviel hört man versichern, daß mehr in der Art und Weise, in welcher der Minister seine Grundsätze zur Geltung brachte, als in diesen Grundzügen selbst die Ursache seiner Entlassung zu finden sein dürfte. Es fehlt nicht an Stimmen, welche diese Veränderung im Ministerium mit dem Eintritt v. Bennigsen's in das Abgeordnetenhaus in Zusammenhang bringen. Man deutet beide Vorgänge dahin, daß der Reichskanzler der Gefahr einer übermäßigen conservativen-ultramontanen Coalition die Spur abbrechen wolle. Was sonst über bevorstehende Änderungen im Ministerium verlautet, wird uns auf das bestimmteste als grundlose Combination bezeichnet.“

Offiziös schreibt man dagegen: „Die Gerüchte, die über abermalige Veränderungen im Staatsministerium in verschiedener Form in Umlauf gesetzt wurden, sind in jeder Form ohne jeden Anhalt. Auch was von einem bevorstehenden Tausche verschiedener Portefeuilles berichtet wird, ist zu absurd, um widerlegt zu werden. Alles Betreffende ist aus der Lust gegriffen.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erwartet als bald beim Beginn der Landtagssession eine Klärung der Verhältnisse innerhalb der national-liberalen Fraction. Denn es sei nicht mehr thunlich, die Spaltung der Partei in einen rechten und einen (im Abgeordnetenhaus allerdings kaum vertretenen) linken Flügel der Partei zu leugnen. Erst nach einer solchen Klärung werde sich bestimmen lassen, welche Combinationen in Bezug auf Mehrheitsverhältnisse mit einem praktischen Anhalt zulässig seien, welche nicht.

Dem Kurier pognanski geht aus Rom folgende Mitteilung zu, die als aus der Feder des Cardinale Grafen Ledochowski stammend bezeichnet wird:

Die Wahlbewegung in Preußen war diesmal auf dem ganzen Gebiete des Staates sehr belebt. Wollte Gott, daß die Kammer infolge der neuen Wahlen im Zentrum und in den conservativen Elementen verstärkt erscheinen könnte. Von den Abgeordneten nämlich wird größtenteils, wenn nicht hauptsächlich, die vortheilhafte Anerkennung in den Verhältnissen zwischen Staat und Kirche abhängt. Fürst Bismarck scheint noch außen eine bessere Gestaltung zu dokumentieren; denn würde er nicht gewillt sein, den Religionsfrieden zu stören, dann hätte er nicht die Annäherung Jacobini's erwartet. Wenn also dieser Willen des Kanzlers einem energischen Auftreten der Kammer, die die Rückgabe der Freiheit und den Frieden verlangt, widersetzt, wird man einer besseren Zukunft das Herz öffnen können. Solange wir aber nichts Positives wissen, solange und deswegen jüngere ich nicht, noch einmal zu wiederholen, daß Vorsicht und Geduld uns nötig seien, damit wir nicht durch Täuschungen hingerissen werden, noch unser Wohl wankt, wenn es der Wille des Allmächtigen sein sollte, daß wir noch länger heimgesucht werden.“

Die «Tribune» berichtet unter dem 22. Oct.: „Im Abgeordnetenhaus fand vorgestern Abend eine Berathung von Mitgliedern der verschiedenen Fractionen statt, um sich über die Vertheilung der Plätze im Saale schlüssig zu machen. Man hat sich über folgendes Arrangement verständigt: die ganze rechte Seite bis auf die drei vorderen Bänke, welche dicht neben der Rednertribüne liegen und den Polen eingeräumt sind, nehmen die Alt-, Neu- und Freiconservativen ein. In der Mitte des Saales behält das Zentrum seine alten Plätze; dagegen sind diejenigen Mitglieder dieser Fraction, welche früher ihre Plätze auf der Rechten hatten, jetzt auf die Linke herübergezogen, wo sie die früheren Plätze der Fortschrittspartei, also zwischen Präsidium und dem Haupteingang, erhalten. Die übrigen zwei Drittheile der Linken werden die Fortschrittspartei und die National-Liberalen einnehmen. Hierbei möchten wir bemerken, daß der Abg. Professor Dr. Gneist, von dem es hieß, er werde keiner Fraction beitreten, in der national-liberalen Fraction verbleiben wird.“

Die «Post» berichtet aus Berlin: „Ausweislich der neuesten Stadtverordnetenvorlage empfiehlt die für die Anlage städtischer Friedhöfe bestellte gemischte Deputation den Gemeindebehörden, «dahin zu wirken, daß die facultative Feuerbestattung zugelassen werde». Der Magistrat von Berlin erkennt die Rechtmäßigkeit dieser Beschlüsse im vollen Umfange an und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, dasselbe zu thun!“

Erläuterungen der erwähnten Sachen sind v. M. bringt die Bericht auf Generalstaats- und Hotel-de-l'Empereur, ergangen w. Civilbehörden, den Präfektur, Oberbibliothek, Gemeindeamt, einige andere Stellen der Regierung, von Bankier M. Dr. Schickharts, welches Handschlag der Tafel einer der Mayer fassend habe, indem laden, vor der Gemeinde seinem Herrn Gemeinderat Entgegenkommt an den freien Meß und möchten sich halten. Er Die Gläser Versammlung Mayer in und sagte: Beratung an welchem ernannt wurden, und für das W. dankt dem erstenlichen liege, bemühbaren Stadthalter Aufhebung während des im Kreise se Statthalter Wilhelm v. Über d. C. den. Balde den sah man war der letzt auf möglich Auch die V. teure der V. raine und Ladung gefas Präsidenten halter erläßt Bewegung. Elag-Volks empfindlich auch gegen nur dann wenn sie L. Auslande aus der Geburg zurück. — In mi. Ernennung Oberstcom. bereits voll. Ernennung. In den am 21. Okt. Gesetzentwurf für Zeitung für Zeitung. Zu der Rom: „Die Disciplinarischen Neufeststellungen in der Verfassungsänderung dagegen ja nicht als ezeichnet die die Entfernung militärischen über das B.bracht.“

* Patria bespricht den

Elsäss-Lothringen. Ueber das in voriger Nummer erwähnte Diner, welches der Statthalter Feldmarschall v. Manteuffel am 18. Oct. in Meß gab, bringt die Meyer Zeitung folgenden ausführlicheren Bericht aus Meß vom 17. Oct.: „Der Statthalter Generalfeldmarschall v. Manteuffel gab gestern im Hotel-de-l'Europe ein Essen, zu welchem Einladungen ergangen waren: an die Generalität, die Spiken der Civilbehörden, den Bischof und einige Domherren, den Präsidenten des evangelischen Consistoriums, den Oberämbtier, den Bürgermeistereiverwalter und die Gemeinderäthe, die Bezirkssabgeordneten der Stadt Meß, einige andere Personen von Auszeichnung und die Vertreter der Presse. Der Bischof hatte sich entschuldigen lassen; von den Gemeinderathsmitgliedern war nur Bankier Mayer, von den Bezirkssabgeordneten nur Dr. Schick erschienen. Nach Erscheinen des Statthalters, welcher jeden einzelnen der eingeladenen durch Handschlag begrüßte, begann das Essen. Gegen Ende der Tafel erhob sich der Statthalter, zu dessen Rechten einer der Domgymnasiasten, zu dessen Linken Bankier Mayer saßen, und sagte mit militärischer Kürze: Er habe, indem er die Anwesenden zur Tafel zu sich geladen, vornehmlich die Absicht gehabt, sich inmitten der Gemeindevertretung von Meß zu befinden; außer seinem Herrn Nachbar (Bankier Mayer) sei jedoch vom Gemeinderath niemand erschienen. Dieser Mangel an Entgegenkommen werde ihn jedoch nicht irremachen an den freundlichen Gesinnungen, die er für die Stadt Meß und ihre Bewohner hege; nein, nun erst recht möchten sich diese seines ganzen Wohlwollens versichert halten. Er trinke auf das Wohl der Stadt Meß. Die Gläser klängten in das dreimalige Hoch, das die Versammlung anstimmte. Bald darauf ergriff Bankier Mayer in Erwiderung dieses Trinkspruches das Wort und sagte: „Hr. v. Manteuffel habe ihm gegenüber Veranlassung genommen, zu erklären: «Mit dem Tage, an welchem ich zum Statthalter von Elsäss-Lothringen ernannt wurde, bin ich selbst Elsäss-Lothringen geworden, und ich werde deshalb auch mit allen Kräften für das Wohl des Landes thätig sein.» Er (Redner) dankt dem Statthalter für diese für das Land hoch erfreulichen Gesinnungen und werde, soweit an ihm liege, bemüht sein, diesen Intentionen im Lande fruchtbaren Boden zu verschaffen. Sein Hoch gelte dem Statthalter und dem Lande Elsäss-Lothringen. Nach Aufhebung der Tafel bewegte sich der Statthalter, während der Kaffee genommen wurde, noch längere Zeit im Kreise seiner Gäste, unter denen sich auch die mit dem Statthalter aus Straßburg gekommenen Herren Graf Wilhelm v. Bismarck (zweiter Sohn des Reichskanzlers), Oberst v. Strauß und Ministerialrat Jordan befanden. Bald mit diesem, bald mit jenem der Anwesenden sah man den Statthalter im Gespräch; scheinlich war der leichtere bemüht, sich durch direkte Anklipfung auf möglichst vielen Gebieten selbst zu informieren. Auch die Vertreter der Presse (es waren die Redactoren der Lothringischen Zeitung, der Gazette de Lorraine und der Meyer Zeitung der ergangenen Einladung gefolgt) ließ sich der Statthalter durch den Präsidenten von Lothringen vorstellen. Der Statthalter erklärte, er sei von jeher ein Freund der freien Bewegung der Presse gewesen, er werde ihr auch in Elsäss-Lothringen freien Spielraum lassen und nicht empfindlich sein, wenn sich deren Tendenz gelegentlich auch gegen die Regierung, ja gegen ihn selbst lehne; nur dann würde er unmöglichlich ihr entgegentreten, wenn sie Boden und Führung jenseit der Grenze, ins Auslande suchte. Erst spät zog sich der Statthalter aus der Gesellschaft zurück, um bald darauf nach Straßburg zurückzukehren.“

— In militärischen Kreisen wird versichert, daß die Ernennung des Statthalters v. Manteuffel zum Oberstcommandirenden der reichsdeutschen Truppen bereits vollzogen sei und nur die Publication dieser Ernennung noch aufstehe.

Österreich-Ungarn.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 21. Oct. brachte der Abgeordnete Handlik einen Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Stempels für Zeitungen und Kalender ein.

Italien.

Zu der Affaire Cialdini telegraphiert man aus Rom: „Mehrere italienische Blätter verlangen eine Disciplinaruntersuchung wegen der im Figaro erschienenen Neuherungen des Generals Cialdini; daß dieselben in der That von Cialdini herrühren, wird der Perseveranza und dem Fanfulla telegraphisch bestätigt, dagegen sagt das officielle Diritto, es sei dies noch nicht als erwiesen zu betrachten. Die Capitale bezeichnet die Unterredung als Hochverrat und verlangt die Entfernung Cialdini's aus dem diplomatischen und militärischen Dienste. Die Presse aller Parteien ist über das Verhalten Cialdini's auf das höchste aufgebracht.“

Frankreich.

* Paris, 21. Oct. Das Journal des Débats bespricht den Ministerwechsel in Konstantinopel.

„Er kam“, schreibt das Blatt, „nicht unerwartet; allein man war nicht eines so vollständigen Umschwungs gewartig. Die Verabschiedung Savet-Pascha's schien schon seit langer Zeit im Kopfe des Sultans festzustehen, aber in Konstantinopel schien man die Rückkehr Kheddin-Pascha's aus Ruder nicht für ganz unwahrscheinlich zu betrachten. Nun aber sind heute die Ideen, deren Vertreter der vormalige Minister des Bei von Tunis ist, in den Räthen des Sultans völlig in Ungunst gefallen. Die Männer, die eben erst ins Cabinet berufen worden, sind in der That die erklärtesten und hartnäckigsten Widersacher jedweden Reformplanes. Sie haben beinahe alle ohne Ausnahme eine Vergangenheit, die man bloß zu befragen braucht, um sich zu überzeugen, wohin sie die Türkei wol führen dürften. Der neue Großvizeir Said-Pascha, einer der unheilbringendsten Rathgeber des Sultans, den durchaus kein Einfluss aus dem Kaiserlichen Palast hat vertreiben können, hat unter keinem Ministerium aufgehört, der westlichen Politik Schach zu bieten, eben sowol, als diese mit England das Werk der Neorganisierung von Kleinasien betrieb, als zur Zeit, wo sie mit Frankreich die Lösung der griechischen Frage anstrebt. Der Sultan hat in Said-Pascha zu jeder Zeit ein unumschränktes Vertrauen gesetzt und von nah oder fern mit ihm die innigsten Beziehungen gepflogen. Was aber vor allen Dingen diese neue Ministerkombination charakterisiert, das ist der Eintritt von Mahmud-Nedin ins Ministerium des Innern. Was hat man nicht seit einem Jahre versuchen müssen, um den Sultan zu verhindern, ihn aus einer allzu wohlverdienten Verbannung zurückzurufen! Kheddin hat dabei einen großen Theil seines Einflusses eingeübkt, und wenn mit Hilfe des Hrn. Layard es ihm auch gelang, seinen Eintritt ins Ministerium zu verschlieben, so konnte er es doch nicht dahin bringen, daß der Ausfertiger des Decrets vom 6. Oct. 1877 noch länger aus Konstantinopel verwiesen blieb. Said-Pascha, der zum Minister des Auswärtigen wird, war der zweite Bevollmächtigte der Türkei bei der Commission zur Rectification der Grenzen. Die Hellenen haben keinen heftigern Gegner als diesen Griechen, der bei der Pforte in Dienst getreten ist, und die versöhnlichen Traditionen Savet-Pascha's laufen große Gefahr, bei seinem Nachfolger nicht sehr in Gunst zu kommen. Osman-Ghaz verbleibt wahrscheinlich Kriegsminister, da ihm kein Nachfolger bezeichnet wird. Seit mehreren Monaten hatte er mit Said-Pascha gemeinschaftliche Sache gemacht und war beim Sultan der hartnäckigste Widersacher der Politik Savet-Pascha's in der griechischen Angelegenheit. Savet, dessen vor treffliche Absichten und Rechtschaffenheit von jedermann anerkannt waren, wird kraft einer Maßregel bitterer Ironie zum Generaldirector der Reformen. Man darf wohl sagen, daß, wenn es einen Minister ohne Portefeuille gegeben hat, so ist es sicherlich der legtiganierte. Die Ernennung von Djedet-Pascha zum Justizminister hat auch ihren ganz besondern Geschmack. Immerhin aber kann nicht geleugnet werden, daß der Eintritt von Said-Pascha und Mahmud-Nedin aus Ruder die schon so wankende Situation der Türkei noch gefährlicher macht.“

Das Journal du Volet berichtet: „Eine ernste Nachricht, deren Richtigkeit wir garantieren, ist die, daß Preußen, Russland, Österreich und Italien über eingekommen sind, in Paris eine specielle Polizei zu gründen, welche sie über das Treiben der Socialisten und über die Fortschritte des Zusammengehens derselben mit den Revolutionären im Auslande informieren soll. Spanien hat sich diesem Abkommen nur wegen Geldmangels nicht angeschlossen. Die Kosten dieser Organisation, welche auf den weitesten Grundlagen basirt ist, sollen sehr bedeutend sein. Ein Dokument dieser Nachricht erscheint kaum nötig.“

Abermals sind 12 Maires der Vendée und 3 der Marne wegen Beileidigung an royalistischen Banalisten vom Amt entfernt worden. Das Rundschreiben Leroyer's an die Staatsprocuratoren wirkt also noch nicht, ja, die Sprache der Communards und ihrer Genossen ist frecher und herausfordernder als je.

Gestern wurde der Arbeitercongres in Marseille eröffnet; 126 Delegirte waren zugegen. Drei Frauen wurden zu Mitgliedern des Bureau gewählt. Die Rede des Präsidenten Durand, sagte, der Congres habe vor allem die praktischen Mittel zu suchen, das ganze Proletariat zu gruppiren, die Solidarität festzustellen und den Geist der Einigung, der Eintracht und der Brüderlichkeit unter den Arbeitern einzuführen. Ein Delegirter von Marseille dringt auf die Notwendigkeit, die Arbeiterpartei zu gründen, und glaubt, eine der ersten Bedingungen müsse die genaue Kenntnis der Kräfte des französischen Proletariats sein, über die man beim Kampfe gegen das Bürgertum verfügen kann.“

Großbritannien.

+ London, 21. Oct. Ueber die jüngste türkische Ministerkrise sagt der Daily Telegraph: Said-Pascha und Mahmud-Nedin-Pascha seien die Vorkämpfer für des Sultans autokratische Gelüste und

für die ministerielle Unverantwortlichkeit. Es sei zwar nicht wahrscheinlich, daß Mahmud-Nedin sofort eine innige Allianz mit Russland beflügeln werde; allein so viel sei sicher, daß er sich nicht an England und seine Politik anlehnen und keine Wege einschlagen werde, die der türkischen Misregierung ein Ziel seien. Die Ernennung des schwachen und energielosen Savet-Pascha zum Generaldirector für Einführung der Reformen sei ein sicheres Unterpfand, daß eine baldige Besserung der türkischen Zustände nicht zu erwarten sei.

Die Times meint, Mahmud-Nedin verdanke seine Gunst bei dem Sultan dem Widerwillen des letzten gegen fremde Einmischung; durch seine Tendenzen und Haltung werden die guten Absichten des neuen Großvizeirs Said-Pascha sicher contrabalance werden; ein längerer Bestand eines so zusammengesetzten Ministeriums sei nicht denkbar; vor allem bleibe die Hauptfrage, die finanzielle, dadurch ungelöst.

Der Wiener Correspondent des Standard telegraphiert, daß die Absicht der Neubildung des türkischen Ministeriums und die Namen der erwählten Minister den europäischen Cabinetten einige Tage vorher mitgetheilt worden sei, und daß der Glaube vorherrsche, die Kenntnis dieser beabsichtigten Änderung habe auf den Russland und die türkischen Angelegenheiten betreffenden Theil der von Salisbury in Manchester gehaltenen Rede einige Einfluß ausgeübt.

Belgien.

Aus Brüssel vom 20. Oct. wird der Kölnerischen Zeitung geschrieben: „Der Unterrichtsminister hat sämmtliche Elementarschulinspectoren um sich versammelt gehabt und ihnen sehr genaue Anweisungen über die Stellung der Lehrer ertheilt. Die Regierung widmet diesen Beamten die treueste Fürsorge und hat ihnen unter anderm die Befugniß eingeräumt, ihre etwaigen Beschwerden direct beim Minister anzubringen.“

Russland.

Der Wiener Abendpost berichtet man aus Petersburg vom 17. Oct.: „Der Vertrag mit China ist in Livadia unterzeichnet worden und der chinesische Bevollmächtigte Tsun-Hon ist hierher zurückgekehrt. Der Russland gebliebene kleine Theil der Oligoprop ist der beste und fruchtbarste. Hier soll eine Grenzfestung angelegt werden, um die einwandernden Tarantischen zu schützen. Uebrigens trägt der neue Vertrag den Chinesen gute Früchte. Bei dem bevorstehenden Kriege zwischen China und Japan soll nämlich die chinesische Handelsflotte unter russischen Schutz gestellt werden. Der Generalgouverneur von Westsibirien hat bereits einen Beamten nach Westchina geschickt, um Auskunft einzuziehen, an welchen Orten am passendsten russische Consulate zu errichten wären. — Die Ernennung des Staatssekretärs v. Hamburger zum Gesandten in der Schweiz wird als ein bedeutendes Ereignis angesehen. Hr. v. Hamburger, eine höchst achtbare und geachtete Persönlichkeit, galt als die rechte Hand und Vertrauensmann des Kanzlers, er war dessen vorzüglichster Mitarbeiter.“

Donaufürstenthämer.

Aus Wien vom 21. Oct. schreibt man der Post: „Seit einigen Tagen circulieren allerlei Gerüchte über bevorstehende oder auch schon abgeschlossene Allianzen zwischen den Fürsten auf der Balkanhalbinsel. Man glaubt hier Ursache zu haben, alle derartigen Gerüchte auf willkürliche Erfindungen zurückzuführen.“

Königreich Sachsen.

† Dresden, 21. Oct. In der letzten Plenarsitzung des Stadtrates stand unter anderem der Voranschlag für den Betrieb des städtischen Wasserwerkes auf das Jahr 1880 auf der Tagesordnung. Zum ersten mal ist die Verwaltung des Wasserwerkes in der Lage, einen Überschuss zu erreichen. Ist derselbe auch noch unbedeutend, so ist dieses Resultat doch ein sehr erfreuliches, da es einen neuen Beweis von der Anlage und den praktischen Betriebsbestimmungen des Werkes gibt. Als Gesamteinahme sind für 1880 621040 M. eingestellt, darunter 544700 M. als Ertrag der Wasserabgabe von Privaten und 69450 M. für Wasser zu öffentlichen Zwecken. Dieser Gesamteinahme steht eine Ausgabe von 613700 M. gegenüber, sobald ein Überschuss von 7340 M. zu erwarten steht, während für dieses Jahr noch ein Aufschuß von 35359 M. aus der Stadtkasse eingestellt werden mußte. Der Rath genehmigte den Voranschlag und beschloß bezüglich der Verwendung des Überschusses denselben zur Rückzahlung der früher aus der Stadtkasse geleisteten Aufschüsse zu verwenden. Aus den übrigen Verathungsgegenständen ist noch das dem Collegium vorgelegene Projekt einer neuen Pferdebahnlinie zu erwähnen. Der Ingenieur Parrish aus London hat um die Concession zur Errichtung einer Straßenbahnlinie auf der Linie Postplatz-Annenstraße-Falkenstraße über die Falkenstrassenbrücke nach der Chemnitzer Straße

zum Anschluß an die bestehende Plauensche Linie er sucht. Für dieselbe ist der Betrieb durch Pferde, die Anlegung doppelter Gleise und als Endstation in Dresden ein durch Verwendung eines Theiles des Hofwaschhausgartens gewonnener Platz an der Straße in Aussicht genommen. Nachdem das Project seitens des städtischen Oberingenieurs technisch begutachtet und der königlichen Polizeidirection bezüglich Aussprache wegen der verkehrspolizeilichen Rücksichten vorgelegen und von diesen Factoren Beanstandung nicht gefunden, Hr. Parrish sich auch den gestellten Bedingungen unterworfen hat, genehmigte der Rath die Ausführung des Projects unter der Bedingung, daß von dem Unternehmer der neuen Linie gleichzeitig ein zweites Schienengleis auf der Chemnitzer Straße vom Feldschlößchen ab bis nach Plauen gelegt werde. Jetzt ist diese Strecke wie alle dresdner Linien eingleisig; Hr. Parrish wird diese letztere Bedingung gewiß gern eingehen.

* Leipzig, 23. Oct. Heute früh 9 Uhr kam die Herzogin Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin auf der Verbindungsbahn im Berliner Bahnhofe an und reiste 9 Uhr 10 Min. nach Berlin weiter.

†† Leipzig, 23. Oct. Die Stadtverordneten hatten sich in gestriger Sitzung wiederum meistens mit Bausachen zu beschäftigen. Der für die Parcellirung von vier Baublöcken der neuen Nordstadt entworfene Plan ward dem Rath zu nochmaliger Bearbeitung zurückgegeben, namentlich weil man die Ecksäulen kleiner abgetheilt wünscht. Bezuglich der Souterrainwohnungen in der Bismarckstraße bleibt man bei dem früheren Beschlussh stehen, deren Anlage zu gestalten, sobald sie nicht tiefer als 1 Meter unter die Trottoirplatte gelegt werden; der Rath wollte nur $\frac{1}{2}$ Meter Tiefe gestalten. Stadtv. Dr. Ploss äußerte hierbei das Bedenken, daß man möglicherweise Kellerwohnungen gestalte, deren Benutzung alsbald von seiten des Bezirkssatzes verboten werden würde, da eine Verordnung der Kreishauptmannschaft verlangt, daß Souterrainwohnungen stets „1 Meter über dem mutmaßlich höchsten Stande des Grundwassers“ sich befinden sollen. Die Abrechnung über den Neubau der Thomasschule ward genehmigt; dabei gab Oberbürgermeister Georgi die Auskunft, daß die Pläne für den Bau des Alumniums und der Turnhalle der Thomasschule möglichst gefördert werden sollen. Der Herstellung von Wasserleitungen an der Westseite der Gartenstraße stimmt man zu. Auf einen Antrag des Collegiums, es möchten bei Ausschreibung von Submissionen entsprechendere nicht zu kurz bemessene Lieferfristen angezeigt werden, hat der Rath erwidert, daß er dem Antrage Beachtung schenken werde, hat aber beigelegt, daß die bezüglich jener Angelegenheit im Collegium (vom Vorsteher selbst) ausgesprochenen „Rügen“ nicht ganz begründet gewesen. Der Vorsteher weist die volle Begründung seiner Aussstellungen ausführlich nach. Er bedauerte, daß Wort „Rügen“ gebraucht zu haben, dasselbe sei auch entbehrliech gewesen, da die rechte Meinung schon aus der bloßen Aufführung der Thatsachen zu erkennen gewesen sei. Das Collegium lehnt hierauf mit großer Mehrheit den Antrag des Ausschusses ab, bei der Zuschrift Veruhigung zu fassen.

— Über das zittauer Duell bringt die Dresdner Zeitung wiederum eine neue, und zwar diesmal, wie sie sagt, „authentische“ Mittheilung. Wir halten es jedoch für genügend, derselben zwei Momente zu entnehmen. Erstlich heißt es in diesem vom 21. Oct. datirten Bericht, Dr. Roscher sei „außer aller Gefahr“. Sodann wird die Angabe in der gestrigen Mittheilung derselben Blattes (die auch „von competenter Seite“ stammen sollte) wegen Zurückweisung eines Aussöhnungsvorschlags des Billig'schen Secundanten von seiten des Roscher'schen dahin (wie wir wenigstens nicht anders verstehen können) berichtigt: der „Unparteiische“ habe die Frage des Billig'schen Secundanten, ob nach den Zwischenfällen des mehrmaligen Versagens beider Pistolen das Duell noch stattfinden solle, bejaht.

— Die Chemnitzer Zeitung theilt einen Privatbrief mit, welchen ihr Redacteur am 20. Oct. von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Lasker erhalten hat. Es heißt in diesem Briefe:

„Von mir, verehrter Herr, dürfen Sie gewiß sein, daß ich, wohin ich immer gestellt werde, bei meinen Ueberzeugungen und in meinem Streben treu, außihren werde. Empfindlichkeiten kenne ich im öffentlichen Leben nicht und Tagestrümungen entmuthigen mich nicht, sogar nicht ein langer andauernder Strom. Ueber das rüstige Fortschreiten der Tendenz, welche ich zu vertreten mich verspreche, habe ich nie Zweifel gegeben und hege ihn heute nicht. Wenn nur die, die unabhängigen Sinnes und gleicher Ueberzeugung sind, fest zusammenhalten.“

Handel und Industrie.

Wie der uns vorliegende Geschäftsbericht für das am 30. Sept. beendete Betriebsjahr der Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik (vormals Zimmermann) in Chemnitz in seiner Einleitung bemerkt, war in demselben eine Besserung des Geschäftsganges in der Werkzeugmaschinenbranche noch nicht eingetreten, weshalb die Direction sich

aufgerichtet sieht, die Vertheilung einer Dividende vorzuschlagen. Der Bedarf an Werkzeugmaschinen war in allen Ländern verhältnismäßig gering, sodass die umfassenden Bemühungen der Direction und Beamten sowie der zahlreichen und im Fache tätigen Vertretungen in allen Ländern nicht vermocht haben, den Umsatz der Fabrik höher zu bringen, als wenigstens auf die verhältnismäßig niedrige Sizier der beiden Vorjahre. Dazu kam, wie früher, daß die Preise durch die große Concurrenz sowie durch aufhaltende Ausverläufe der Maschinen liquidirender Stabbüroments äußerst gedrückt waren und in vielen Fällen kaum die Selbstkosten bedienten. Der in diesem Jahre erzielte Bruttogewinn von 41276 M. 52 Pf. steht vergleichsweise mittenin zwischen den Resultaten der beiden Vorjähre; bedeutende Verluste sind nicht zu verzeichnen gewesen. Mit Hilfe eines Theiles des sogenannten Specialreservesfonds wird es möglich, in diesem Jahre nicht unbedeutende Abschreibungen vorzunehmen, sodass seit dem Bestehen der Gesellschaft nun schon 2,150778 M. 79 Pf. abgeschrieben worden sind. Der Reservesfond beträgt 99950 M. 92 Pf., außer den jetzt noch übrigen Specialreservesfonds von 250000 M. Die Summe der Außenstände war am 1. Juli d. J. 416483 M. 29 Pf., die Buchschulden 33771 M. 36 Pf. Auf Cautionshypothesen sind im vergangenen Jahre wieder 125000 M. abgezahlt worden, ferner sind seit dem 1. Juli d. J. also im neubegonnenen Geschäftsjahre, weiter 125000 M. auf Hypotheken zur Abzahlung gelangt, welche leichter den am 30. Juni d. J. vorhandenen flüssigen Mitteln entnommen sind, sodass auf die gesammelten Hypotheken 620000 M. überhaupt zur Abzahlung gelangt sind. Es wurden im vergangenen Jahre 812 Stück Werkzeugmaschinen geliefert, im Gewicht von 1.239500 Kilogramm zum Fakturwert von 1.009492 M. Die Eisengießerei lieferte 1.205950 Kilogramm Guh. Für Arbeitslohn wurden insgesamt 306600 M. gezahlt. Feste Bestellungen waren am 30. Juni d. J. noch für 188193 M. vorhanden. Diese Summe hat sich indeß im Laufe der ersten beiden Monate vermehrt, sodass Ende August d. J. für 349627 M. feste Bestellungen vorhanden waren. In diesen beiden ersten Monaten des neuen Geschäftsjahrs sind für 264989 M. Maschinen geliefert worden. Die Bilanz schließt auf beiden Seiten mit 7.612088 M. 18 Pf. ab.

* Leipzig, 20. Oct. Die Leipziger Malzfabrik zu Schleußig hat in dem am 31. Aug. abgelaufenen Geschäftsjahr ein sehr befriedigendes Resultat erzielt. Das Reinerträge beziffert sich auf 180871 M. 26 Pf. gegen 86980 M. 96 Pf. im Vorjahr. Ihrem Principe, durch reichlich bemessene Abschreibungen die finanzielle Lage des Unternehmens mehr und mehr zu consolidiren, trägt auch diesmal die Verwaltung dadurch in anerkennenswerther Weise Rechnung, daß sie 69690 M. 30 Pf. zu Abschreibungen verwendet, sodass dieselben in den sechs ersten Betriebsjahren nunmehr die Höhe von 260000 M. erreichen und außerdem 50000 M. auf die Annuitätenhypothek zurückgezahlt worden sind. Der Nettogewinn von 61180 M. 96 Pf. soll nach Vorschlag der Verwaltung wie folgt zur Verwendung gelangen: 45000 M. als Procent. Dividende an die Actionäre, 1618 M. dem Reservesfonds, 3236 M. Renten, 9000 M. als 1 Proc. Superdividende an die Actionäre, 2326 M. 96 Pf. Vortrag auf neue Rechnung. Der mit dem 1. Jan. 1880 einsetzende Eingangszaoll für austauschisches Malz von 1 M. 20 Pf. hätte auf die deutschen Malzfabriken nur günstig einwirken.

* Leipzig, 22. Nov. Die heute unter dem Vorst. des Stadtraths a. D. Henr. Florentin Wehner abgehaltene Generalversammlung der Leipziger Malzfabrik zu Schleußig nahm einen raschen Verlauf. Anwesend waren 10 (!) Actionäre, welche 817 Actionen mit 163 Stimmen repräsentierten. Die auf der Tagesordnung enthaltenen gewöhnlichen geschäftlichen Gegenstände wurden einstimmig erledigt, indem die Bilanz und die Gewinnvertheilung genehmigt und die Decharge ertheilt wurde. Auf die Anfrage eines Actionärs sprach sich die Direction in sehr günstigem Sinne über die Aussichten des neuen Geschäftsjahrs aus. Die statutengemäß aus dem Aussichtsrath ausscheidenden Herren Rückert und Seifert wurden einstimmig wiedergewählt.

* Rotterdam, 22. Oct. Die von der Niederländischen Handelsgesellschaft abgehaltene Kaffee-auction eröffnete für Nr. 1 zu 50, Nr. 2 50%, Nr. 3 52%, Nr. 7 47%, Nr. 10 47%.

* Bremen, 22. Oct. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 8,— per November 8,— per December 8,10, per Januar-März 8,20.

* Antwerpen, 22. Oct. Petroleum markt. (Schlußbericht.) Raffinurts, Type weiß, loco 19%, bez. u. Br., per November 19 bez., 19% Br., per November-December 19%, Br., per Januar-März 20 Br. Weichenb.

* Glasgow, 22. Oct. Roheisen. Mixed numbers warants 54 Sh. 9D.

* Liverpool, 22. Oct. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner fram, Surats fest. Mittel-amerikanische October-November-Lieferung 6%, November-December-Lieferung 7% D.

Börsenberichte.

* Berlin, 23. Oct. 12 Uhr 10 Min. Eröffnungscurs. Ost. Creditact. 457,50, Ost.-Franz. Staatsb. 456,—, Ost. Südbahn (Lomb.) 135,—, Berg.-Märk. 91,75, Köln-Münster 141,90, Galiz. Karl-Ludwigsb. 103,75, Rhein. 147,—, Rumän. 40,60, Disconto-Comm. 165,60, Königl. und Kurrahrtte 88,90, Ost. Loco v. 1860 123,10, do. Goldrente 70, do. Silberrente 60,—, do. Papierrente 58,75, Russ. Ank. v. 1877 88,60, do. Bankn. 214,—, Deutsche B. 128,50, Ung. Goldrente 82,75. Tendenz: ruhig.

Aus Wien bekannte Curse von 11 Uhr 10 Min. norm. Ost. Creditact. 264,70, Ost.-Franz. Staatsbahnen 263,90, Ost. Südbahn (Lomb.) 96,—, Galiz. Karl-Ludwigsb. 239,75, Ost. Goldrente 81,—, Deutsche Marknoten 57,97, Staatspolkreditb. 9,87%. Tendenz: ruhig.

* Berlin, 22. Oct., 1 Uhr 50 Min. Österreich-Franz. Staatsbahnen 206,—, do. Südbahn (Lomb.) 135,—, do. Creditact. 457,50, Disconto-Comm. 165,60, Berg.-Märk. 91,75, Köln-Münster 141,90, Rhein. 147,—, Galiz.-Ludwigsb. 103,60, Russ. Ank. v. 1877 88,50, do. Bankn. 214,—.

* Berlin, 22. Oct., 3 Uhr 5 Min. Sonds. Deutsche Reichsanleihe 97,50, 4 Proc. preuß. consol. Ank. 96,80, 3 Proc. sächs. Rente 75,10, Ost. 1860er Loco 122,60, do. Papierrente 58,80, do. Silberrente 60,10, do. Goldrente

70,—, Ungar. Goldrente 82,70, Russ. consol. Sproc. 1877er Ank. 88,70, do. Orientanleihe II 60,—, do. III —, Bankaktion. Russ. Deutsche Creditanst. 140,—, Chemn. Bank. 86,25, Südburger Credit. 77,60, Parms. B. 133,60, Comm. 165,40, Dresden. B. 116,—, Werra. B. 87,80, do. Hanse. B. 127,25, Deutsche Reichs. 162,40, Diskonto-Handels- u. Credit. 41,25, Gothaer B. 35,—, Leipzig. Disconto- u. T. 78,—, Weining. Creditanst. 82,80, Oberlaus. B. 76,70, Sachs. B. 111,—, Sachsen. B. 22,—, Thüring. B. —, Weimar. B. 36,60, — Ost. Creditanst. 457,50, Berliner Handelsgeellschaft 71,80.

Industrieaktionen. Gelsenkirchen 111,50, Königs. u. Lauter-

büttle 88,75.

Eisenbahnaktionen. Russl. -Tepl. 167,50, Berg.-Märkische

Breslau-Schweidnig-Kreis. 85,90, Berlin-Stettin 109,40,

Kön.-Münster 142,—, Galiz. Karl-Ludwigsb. 103,75, Hann.-

Sorau-Guben 14,80, Magdeb.-Halberst. 141,40, Mainz-Ludwigsb. 79,25, Oberschles. La. A 163,40, Prag-Turnau 40,90, Ost. Franz. Staatsbahn 456,60, do. Nordwestb. 225,40, do. Südl. Staatsb. 135,—, Rhein. 146,80, Stettin-Stammact. 40,50, do. Stammpr. 98,—, Thür. 141,—, Berlin-Görlitzer 16,90, Halle-Sorau Stammpr. 60,—, Sorten. Napoleonb. 16,15, Ost. Banknoten 172,80, do. Silbergulden 178,50, Russ. Banknoten 214,70.

Wechsel Petersburg I. S. 214,10, do. 3 M. 210,90, Wien I. S. 172,80, do. 2 M. 171,75.

* Frankfurt a. M., 22. Oct. Schlesische: Landauer Wechsel 20,346, Wiener Wechsel 172,90, Bresl. Sächsische Rente 75%, Ost. Goldrente 59%, Goldrente 82,—, Russ. Orient-Anl. II. 60, Köln-Münster 142%, Galizier 206%, Hess. Ludwigsb. 79, Kommandant 111%, Norddeutsche 147, Intern. Bt. — Amerik. 95%, Köln-Bt. 141%.

* Frankfurt a. M., 22. Oct., 5 Uhr 50 Min. Efficien-Societät: Creditact 227%, Frankf. 227%.

* Hamburg, 22. Oct. Silberrente 59%, Goldrente 69%, Creditact. 227, 1860er Loco 123%, Franz. 56,8, Lomb. 167%, Ital. Rente 77%, 1877er Russen 88%, Vereinsbank 119%, Kurrahrtte 88%, Commerzbank 111%, Norddeutsche 147, Intern. Bt. — Amerik. 95%, Köln-Bt. 141%.

* Wien, 22. Oct. Schlesische: Papierrente 68,45, Silberrente 69,80, 1860er Loco 127,50, Nordwestb. 131,20, Bankact. 836,—, Creditact. 265,10, Anglo-Aust. -Bund 135,10, London 117,30, Silberagio 100, Ducaten 5,59, Napoleonb. 9,35%, Galiz. 239,50, Staatsbahn 264,25, Lomb. 78,—, Goldrente 81,05, Deutsche Marknoten 57,87%.

* Paris, 22. Oct. 8 Uhr nachm. Bproc. amortis. Rente 83,20, Bproc. Rente 81,70, 1872er Anteile 117,25, Ital. Bproc. Rente 78,85, Ost. Goldr. 69%, Ung. Goldr. 84%, 1877er Russen 91%, Franz. 57,75, Lomb. 178,75, do. Prior. 258,—, 1866er Lütfen 11,50, 1869er —.

* London, 22. Oct. Consols 97%, Ital. Bproc. Rente 78%, Lombard. 7%, Bproc. 1871er Russen 86%, do. 1872er 86%, do. 1873er 88%, Silber —, 1866er Lütf. Anteile 11%, 1866er do. —, Bproc. Amerik. 105%, Ost. Silberrente 60%, Papierrente —.

* Petersburg, 21. Oct. Wechsel London 3 Mt. 25%, do. 4,80, Wechsel auf Paris 5,28%, Bproc. 5,20er Bonds 103%, 1877er Bonds 102%, Griekb. 40%.

* Berlin, 22. Oct. Weizen per loco 205—245, per Oct.

* Berlin, 23. Oct., per Frühjahr 247,50, Roggen per loco 159,—, per Oct.-Nov. 160,75, per Frühjahr 170,50, Rüben: 17, Tendenz: besser. Spiritus: loco 57,50, per diesen Monat 57,80, per Oct.-Nov. 57,80, per Frühjahr 60,40, Rüben: 4, Tendenz: besser. Rüben: loco 54,50, per Oct.-Nov. 54,20, per Frühj. 56,50, Rüben: —, Tendenz: matt. Hafer: per Oct.-Nov. 142,—, per Frühjahr 154,—.

* Leipzig, 22. Oct. Productenbörse vom 23. Oct. mittags 1 Uhr. Mitteilung: Schön. Weizen per 1000 Ro. netto loco 228—242 M. bez.; unverändert. Roggen per 1000 Ro. netto loco 180—190 M. bez.; freimär. 165—173 M. bez.; unverändert. Gerste per 1000 Ro. netto loco 160—180 M. bez. Hafer per 1000 Ro. netto loco bissiger 140—145 M. bez. Mais per 1000 Ro. netto loco rumänischer 152 M. bez. amerikanischer 146 M. bez. Raps per 1000 Ro. netto loco 235—240 M. bez. Rapskuchen per 100 Ro. netto loco 13 M. Br. Rüben per 1000 Ro. netto loco 55 M. bez., per Oct.-Nov. 55 M. Br.; unverändert. Spiritus per 1000 Liter Proc. ohne Hafer loco 57,80 M. G.; etwas besser.

* Leipzig, 23. Oct. Da von allen auswärtigen Märkten ziemlich befriedigende Meldungen vorlagen, so vermochte die biesige Börse die falsche Stimmung, unter der sie ihren gestrigen Verkehr geschlossen hatte, auch heute aufrecht zu erhalten. Das Geschäft begann auf Basis der gestrigen Notierungen, die im sornen Verlaufe desselben sich zum Theil etwas erhöhten, ohne daß aber der Verkehr zu größerer Regsamkeit gelangte. Derselbe bewegte sich vielmehr innerhalb engbegrenzter Kreise und erstreckt sich fast nur wieder auf diejenigen Papiere, welche bereits gestern das Object einer bemerkenswerthen Nachfrage abgaben.

Der Verkehr in deutscher Staatspapieren erlangte heute größere Dimensionen; insbesondere gestaltete sich das Geschäft in Deutscher Reichsanleihe zu niedriger und in Sächsischen Renten zu unveränderten Cursen lebhaft.

Bauen fest, aber schwach belebt. Börsch.-Kölner höher und lebhaft geführt. Halberstädter preishaltend, Oberschlesische etwas schwächer, ebenso Mainzer, dagegen sind Turnauer und Rheinische sehr beliebt.

Von den Stammpräferenzen waren wiederum Oberlausitzer und Weimar-Gera animiert und steigend.

Bankaktionen sehr fest; Leipziger Credit zeigten die gestrige Eurosteigerung mit 1,75 Proc. weiter fort; Leipziger Bank.

Leipziger Börse.
18. Oct.

23. Oct.

Wachsal.

WURZBURG					
Amsterdam pr. 100 Cr. L.	k. B. p. 8 T.	122,35 G		
Basel und Antwerpen pr. 100 Fos.		1. B. p. 2 M.	167,50 G		
Basel pr. 1 L. Stael.	k. B. p. 8 T.	86,30 G		
Paris pr. 100 Francs	1. B. p. 3 M.	79,70 G		
Barberg P. 100 Silb. Rubel	k. B. p. 8 T.	36,35 G		
Barthausen P. 100 Silb. Rubel	1. B. p. 3 M.	30,35 G		
Basel pr. 100 Fr. in Oesterr. Währ.	k. B. p. 8 T.	86,45 G		
		1. B. p. 3 M.	86,05 G		
Deutsche Fonds.		%	Einz.-Term.		
Preuss. K.-Anl. 1877 v. 5000-3000 M.	4	1/4, 1/10	97,70 ba		
do. do. do. v. 1000 M.	4	do.	97,70 ba		
do. do. do. v. 500-300 M.	3	1/1, 1/7	97,70 ba		
K. Rentenanzl. v. 1878 v. 5000-3000 M.	3	1/4, 1/10	75 ba		
do. do. do. do.	3	1/1, 1/7	75 ba		
do. do. do. v. 1000 M.	3	1/4, 1/10	75 ba		
do. do. do. do.	3	1/1, 1/7	75 ba		
do. do. do. v. 500 M.	3	1/4, 1/10	75,70 B		
do. do. do. do.	3	1/4, 1/10	75,70 B		
do. do. do. v. 300 M.	3	1/1, 1/7	79,50 G		
do. do. do. do.	3	1/4, 1/10	76,25 ba		
do. do. do. v. 100 M.	3	1/4, 1/10	79,50 G		
8. St.-Anl. v. 1880 v. 1000 u. 500 M.	3	do.	88,25 G		
do. - 1880 - 200-33 1/2	3	do.	87,35 G		
do. - 1885 - 100 M.	3	do.	99 G		
do. - 1847 - 500 M.	3	1/1, 1/7	99,10 G		
do. - 1852-68 v. 500 M.	3	do.	99,10 G		
do. - 1869 - 500 M.	3	do.	99,25 ba		
do. - 1852-68 - 100 M.	3	do.	100 G		
do. - 1869 v. 100 M.	3	do.	99,25 B		
do. - - 50 u. 25 M.	3	do.	100,15 B		
do. - 1870 - 100 u. 50 M.	3	do.	100,15 B		
do. - 1867 - 100 M.	3	do.	100,15 B		
do. - 1867 - 100 M.	3	do.	99,10 ba		
v. 1867 abg. abz. 5% Z. S. I.	4	do.	99,25 B		
do. v. 1867 abg. abz. 5% Z. S. II	4	do.	91 ba		
do. Löb.-Ettlan Lit. A. & 100 v. 31/2		do.	99,50 G		
do. do. - B. & 25 M.	4	do.	105,50 G		
do. Act. d. a. S.-Schl.-B. & 100 M.	4	do.	102,10 G		
do. Albb.-Pr. I. u. II. & 100 M.	4	do.	102,10 G		
do. do. III. B. & 100 M.	3	1/4, 1/10	90,25 B		
8. Landrentenbr. v. 1000 u. 500 M.	3	do.	91,50 G		
do. - 100-12 1/2	3	do.	98,30 G		
9. L.-Cult.-Rentsch. B. I. & 500 M.	4	1/1, 1/7	98,30 G		
do. do. - II. & 100 M.	4	do.	98,30 G		
M. Ritter-Cr.-V. Pfldbr. & 500 M.	3	do.	98,30 G		
do. do. v. 100-25 M.	3	do.	98,30 G		
do. do. - 500 M.	3	do.	98,30 G		
do. do. - 100-25 M.	3	do.	98,30 G		
do. do. - 2000-500 M.	4	do.	97,30 B		
do. do. - 100-25 u. 100 M.	4	do.	99 G		
w. Cr.-V. Pfldbr. verl. 18665000 u. 100 M.	4	do.	97,75 G		
do. - v. 1867 v. 500-25 M.	4	do.	97,50 G		
dd. " kündbare - 500-25 M.	4	1/4, 1/10	89 G		
dd. " kündbare - 500-25 M.	4	1/1, 1/7	102,75 G		
dd. " kündbare - 100-10 M.	3	do.	81 G		
do. - 1000-50 M.	3	do.	87 G		
do. kdb. 6 Mon. v. 1000-50 M.	3	do.	98,50 G		
do. v. 1000-100 M.	4	do.	98,50 ba		
do. verlohs. v. 1000-100 M.	4	do.	98 G		
do. kdb. 12 M. v. 1000-100 M.	4	do.	99,50 G		
do. do. 1840-500 u. 100 M.	4	do.	106,75 G		
do. do. 1840-500 u. 100 M.	4	do.	101,35 G		
do. do. - 100 M.	3	do.	104 G		
14. Comm. Bk. d. K. & 500 M.	4	do.	98,50 ba		
do. do. v. 1000-300 M.	4	do.	102,25 G		
do. do. - 100 M.	3	do.	102,50 G		
9. d. Pr. Cr. B. Cr. A.-G. v. 1860-50 M.		do.			
do. do. - 110-50 M.	3	do.	103,75 B		
do. do. - 110-50 M.	3	do.	110,75 G		
do. do. - 110-50 M.	3	do.	104,50 G		
A. Schif. Ned.-G.-Cr. B. v. 1860-50 M.		1/4, 1/10	90 G		
b. d. Pr. Hyp.-Act.-Bk. & 110-50 M.		1/1, 1/7	100 G		
do. do. - 110-50 M.	3	do.	103,50 G		
do. do. - 110-50 M.	3	Div.	100,25 G		
b. d. Stdd. Bod.-Cr. B. v. 1860-100 M.					
do. do. IV. v. S. 41/2		1/5, 1/11	104 G		
do. d. Mansf. Gewkash. v. 200-50 M.		Div.	101,40 G		
do. v. 5000-500 M.	3	1/1, 1/7	108 G		
do. v. 1000-200 M.	3	20/6, 31/12	101,25 G		
do. N. 1875 v. 5000-500 M.	4	do.	101,75 B		
do. Hyp.-Bk.-Sch. v. 500-50 M.	4	1/4, 1/10	81 G		
do. do. - 500-50 M.	4	do.	98,75 G		
do. do. - 500-50 M.	4	do.	95,75 G		
do. Stadt-Obligat. - 100 u. 50 M.	3	1/1, 1/7	84 G		
do. do. - 500-50 M.	4	do.	99 G		
do. do. v. 1865 - 500-100 M.	4	do.	103,75 ba		
do. do. v. 1876 - 5000-100 M.	4	do.	104,25 B		
rendner do. - 3000-500 M.	4	1/4, 1/10	103,50 G		
do. do. - 500-50 M.	3	1/1, 1/7	104,35 B		
reuniterdo. - 1500-300 M.	4	do.	103 B		
do. do. - 1000-50 M.	3	do.	101,75 G		
asseler Stadt-A. v. 1879 3000-2000 M.		1/3, 1/8	96,75 G		
Preuss. St.-Schuldsch. v. 1890-25 M.		1/1, 1/7	-		
do. do. cons. - 5000-300 M.	4	do.	97 G		
do. do. - do. - 10000-50 M.	4	1/4, 1/10	104,50 G		
amburg-Staats-Rente 3000-100 M.		1/2, 1/8	-		
Herr-Bad.-Präm.-Anl. & 100 M.	4	1/2, 1/8	101,60 G		
Bairische do. & 100 M.	4	1/6	123,30 G		
B. St.-Eisenb.-Anl.v.10000-300 M.		diverse	97 G		
v. Anl. d. Köln.-Mind. K.-G. 100-50 M.		1/4, 1/10	133 G		
v. Pf. d. D.G.-Cr. Bk. I. B. & 100 M.	5	1/1, 1/7	113 ba		
do. do. II. - 100 M.	5	do.	110,75 G		
III. B. v. 1000-100 M.	& 110-50 M.	do.	104 B		
de. III. B. 2000-300 M.	& 110-50 M.	do.	104 B		
v. 1890-100 M.	& 110-50 M.	do.	98 G		
v. d. D. B. v. 1000-50 M.	& 100 M.	12	-		

Mr. Loope . . .

Bank-Disconto.				
Amsterdam 3 %.	Brüssel $2\frac{1}{2}$ %.			
Paris 3 %.	Petersburg 5 %.			
	Reichsbank $4\frac{1}{2}$ %.			
	Wien 4 %.			
Sorten.				
Altwicht. Preuss. Friedrichsdor.	pr. Stück			
Russ. wicht. $\frac{1}{2}$ Imperials & 5 Rubel	do.			
Francs-Stücke	do.			
do. do.	per 500 Gramm			
Amerikanische Ducaten	pr. Stück			
old pr. Zollpfund fein				
verschnittenes Ducaten pr. 500 Gramm brutto				
über pr. Zollpfund fein				
österreichische Silbergulden	pr. 100 fl. Oest. W.			
do. 1 Gulden	do.			
do. Silbercoupl. v. Staatsanl.	do.			
do. do. v. and. Anl. etc.	do.			
do. Bank- und Staatennoten	do.			
amerikanische Banknoten	pr. 100 Ro.			
Eisenb.-Stamm-Akt. % Div. 7% Wina-Term.				
Muniburg-Zeits. A 100 fl.	4	$5\frac{1}{2}$ %	1/1	97,50 G
König.-Teplitz A 300 fl. P.	4	11	do.	167,75 G
do. Gemany-Sch. p. St. M. fco.			do.	270 G
Deutsch.-Mexikanische A 100 fl.	4	4	do.	91,75 G

	Mit. 78	Zeiss-Term.	%	Zins-Term.
Berlin-G-Orlitzer 100,-	4	0	1/1	—
Berl.-Potsdam-Magdeh. 100,-	4	31/2	do.	92,50 G
Berlin-Stettin v. 200 u. 100,-	4	31/2	1/1, 1/7	100 G
Schlesische Nordbahn 1500,-	4	0	1/1	25,50 G
Breal.-Schweidn.-Freib. 100,-	4	31/2	do.	85,75 G
Buschtiehrad, Lit. A. & 1550,-	4	2,50	do.	65 G
do. Lit. B. & 2000,-	4	0	do.	15,75 G
Chemnitz-Würzbrunn & 100,-	4	131/2	1/1	141 G
Cottbus - Grossenhain & 100,-	4	1,5	do.	45,50 G
Gall. Carl-Ludwig & 300,-	5	8,11/2	1/1, 1/7	100 B
Gras-Köflecher Ema. I. do. 0	0	1/1	7 G	
Halle-Sorau-Guben & 100,-	4	0	do.	14,75 B
Köln-Minden & 300,-	4	63/2	do.	161,75 Bn & AG
Magdeburg-Halberst. & 100,-	4	31/2	1/1	141,75 G
Mainz-Ludwigsh. & 2500,-	4	4	1/1, 1/7	79 Bn
Oberschol. Lit. A. C.D.H. 100,-	3	81/2	do.	164 B
do. - B. & 100,-	4	31/2	do.	—
Oest.-Franz.-Staatb. & 100,-	4	6	do.	—
Prag-Turnau 200 fl. P.	4	0	1/1	40,50 G
Rechte Oder-Ufer & 300,-	4	7	do.	130,10 G
Rheinische & 350,-	4	7	do.	145,50 G
do. Lit. B. & 250,-	4	4	1/4, 1/10	—
Rumänische & 100,-	4	2	1/1	48,15 G
Std.-Oesterz.(Lombard.) 500 fr.	4	0	1/8, 1/11	—
Thür. Lit. A. & 100,-	4	8	1/1	141 G
do. - B.(Gotha-Linf.)gar. 4	4	do.	85 B	
do. - C.(Gera-Eich.) .. 4	4	do.	102,50 G	
Weimar-Gera & 100,-	4	(41/2 %) gar. bis 1886	41/2	do.
do. (21/4 conv.)	4	23/4	do.	25,25 G
do. frmo.	4	do.	7,50 G	
Eisenbahn-St.-Pr.-Aktion.				
Altenburg-Zeitz & 100,-	5	5	1/1	104 G
Chemnitz-Aue-Adorf & 300,-	5	do.	42 G	
Zurückgesahlt 161/2 % baar fec.	5	do.	98,75 Bn	
Cottbus-Grossenhain & 200,-	5	5	do.	50 B m. Comp.
Dux-Bodenbacher Lit. A. —	—	—	47 B p. 1,7.81.	
Gera-Plaues & 200,-	5	do.	25 G	
Zurückgesahlt in 3%, R. 100,-	5	do.	55 G	
Halle-Sorau-Guben & 200,-	5	do.	55,75 G	
Kohlfurt-Falkenberg & 200,-	5	do.	25,75 Bn	
Leipzig-Geschwitz-Menszel. 5	21/2	do.	74 G	
Magdeburg-Halberst. & 100,-	4	41/2	do.	25,50 B
Rumänische & 150,-	8	8	do.	99 G
Weimar-Gera & 200,-	5	0	do.	21,50 Bn & AG
Zwickau-Lengenf.-Falkenst. Zur- ückgesahlt 4% 140 p. Stück	0	do.	M 15 G	
Bank- u. Credit-Aktion.				
Allg. D.G.-A. n. Leips. & 100,-	4	63/2	1/1	140 Bn & G
Berl.-Disc.-Ges.-Anth. & 200,-	4	61/2	do.	165,50 B
Chemnitz, Bk.-Vertra. & 100,-	4	5	do.	85 G
Coburger Cred.-Gen. & 100,-	4	41/2	do.	78 B
Darmstädter Bank & 250 fl. 4	61/2	1/1, 1/7	134 Bn & B	
Deutsche Bank & 200,-	4	61/2	1/1	125 G
do. Eff.-u. Wechselbank (v.L.A.H. 40%, Bk. 100,-)	4	do.	—	
do. Vereinsbank & 200,-	4	3	do.	116,50 B J.111 G
Dresdner Bank & 200,-	4	7	do.	87,50 G
Germer Bank & 200,-	4	5	do.	41,50 G
Gethse Pravat-Bank & 200,-	4	51/2	do.	95 B
Leipziger Bank & 200,-	4	51/2	1/8	113 G
do. Kassen-Verein & 200,-	4	41/2	1/1	25 B
do. Disconto-Ges. & 100,-	4	4	do.	78,50 G
do. Wechsler-Bank & 200,-	4	do.	17,50 G	
Zurückgesahlt 4% 270 p. Stück	0	do.	82,50 G	
Meiningen Cred.-Anst. & 100,-	4	31/2	1/1	76,75 G
Oberlausitzer Bank & 200,-	4	4	do.	—
Oesterr.U.-Bk. & 150,-	4	81/2	do.	—
do. do. ultimo do.	—	—	—	
Reichsbank-Antheile & 3000,-	4	6,5	1/1, 1/7	155 G
Sächsische Bank & 200,-	4	51/2	1/1	111,50 B
do. Creditbank 100,-	4	0	do.	107 G
Sebnheim.Bk.-Ver. & 200,-	4	—	do.	23 G
Thüringer Bank* —	4	—	do.	M 190 G
Weimarerische Bank & 100,-	4	8	do.	37 B
Zwickauer Bank & 100,-	4	7	do.	89 B
* In Liquidation befindlich.				
Industrie-Act. Prioritäten				
u. Stamm-Prior.				
Chemn.A.-Spinnerei & 231/2 % p. St. 4	3	1/1	135 G	
do. Werks-Masch.-Fabrik	—	—	—	
Zimmermann & 100,-	4	0	1/7	25,75 G
Cröllw. Papierf. n. Halle & 200,-	4	0	do.	60 G
B.W.M.F.Sonderm. & Stierh. 100,-	4	—	do.	20,75 B
Gehlsler Act.-Bierbr. & 100,-	4	0	1/10	107 G
do. do. Prior. M. 500, 100,-	5	1/4, 1,10	180 G	e. D.
Malzstoff-Papierf. Niederschlesien M. 200,-	4	131/2	1/1	—
Kett.-Suhl.-Sch.-A. d. O.-H. 100,-	4	61/2	1/1	164 G
Leipa. Baubank & 100,-	4	3	do.	120 G
do. Feuer-Vers.-A. & 100,-	4	do.	55 B	
20% Eins. pr. Stück	—	180	1/6	9000 G
do. Immobil.-Gen. & 100,-	4	71/2	1/1	115 B
do. Kammg.-Sp.-Act. & 100,-	4	10	do.	148 G
do. Malzf. Schkeuditz & 100,-	4	—	1/9	110 G
do. Pferdz.-A. 10% 200,-	4	5	1/1, 1/7	—
do. Rennsch. M.-F. Eiseng. v.	—	1/10	M. 19 G	i. Z.
Görl. Bergm. & Co. & 100,-	4	—	do.	257 G
Leipa. Vereinsbierbr. A. & 100,-	4	—	e. D.	103,50 G
do. do. Pr. I. & 100,-	5	1/4, 1/10	103,50 G	
do. do. II. & 300,-	5	1/1, 1/7	103,50 G	
Leiz. Mühlen-Act.-Gen. & 100,-	4	0	1/1	43 G
Massch.-Bauanst. Görlitz (verm.)	—	1/7	—	78,50 G
Gotteschafft & Notaili. A. 100,-	4	—	71/2	71,50 G
Nationalbrauerei (verm.) Jürgens	—	1/10	—	—
Sachs.Lederindustri.-Gen.(verm.)	—	—	—	—
Dan. Beck in Döbeln) & 100,-	4	131/2	1/1	54,50 G
Soc.-Br. Dresd. Waldsch. 1000,-	4	0	1/10	—
do. Prior. & 200,-	5	1/1, 1/7	—	e. D.
Teutonia, Lebens-V.-B. & 1000,-	4	25/10 Minz. fr.	1400 B	
Thodesche Papierfabrik zu	16	—	—	
Mainsberg & 200,-	4	—	1/7	—
do. Part.-Obl. 1500, 1500,-	5	1/1, 1/7	—	
Thür. Gasges. Leipzig & 100,-	4	6	1/1	98,50 G
do. St.-Prior. & 100,-	4	6	1/1	105 G
Zuckerfabrik Glaasig & 200,-	4	21/2	1/6	53,50 B
Ausländische Fonds.				
Oesterr.Goldrente v. 18000, 1000, 2000,-	4	1/4, 1/10	70,85 B	
do. Silberrente v. 10000—1000 fl.	41/2	1/1, 1/7	60 B	
do. Papierrente - 100—50 -	41/2	1/2, 1/8	59 B	
Ungar. Goldrente . . . 10000—100 - 6	—	1/1, 1/7	82,50 B	
Oesterr. Loosse v. 1854 & 250 fl. C. M. 4	—	1/6	112 B	
do. Cr.-Loosse 100 fl. P. (M. p. St.) fec.	—	—	321 G	
do. L. v. 1860 & 100 fl. P.	—	1/5, 1,11	128,75 G	
do. L. v. 1864 & 100 fl. P. (M. p. St.) fec.	—	—	196,50 B	
Raab-Graser 100,-	4	15/4 15/10	82,75 G	
Russ.Orient-Anl. I. Em. 1877 . . . 5	1/6, 1/12	60 G		
do. do. II. Em. 1878 . . . 5	1/1, 1/7	60 G		
do. do. III. Em. 1879 . . . 5	1/5, 1/11	59,50 Bn		
Russ. Präm.-Anl. v. 1864 & 100 Rub. P. 5	1/1, 1/7	151 B		
do. do. 1866 & 100 Rub. P. 5	1/1, 1/9	150 B		
do. St.-Anl. 1877 M. 10250, 20, 410 fl.	1/1, 1/7	88,50 G		
Carlsbad-Stadt-Anleihe 4 2000,-	5	1/4, 1/10	102,50 G	
Ausländische Fonds.				
Toplitzer Stadt-Anleihe 4 200,-	5	1/1, 1/7	94,50 B	
Wiener Comman.-Anl. v. 1000—200 fl. 5	5	do.	103,50 G	
Amerik. 6% Anl.pr. 1851 1000, 500,-	5	1/1, 1/7	102,50 B	
do. do. - 1855 100, 50 fl. 5	5	do.	95,50 G	
do. 5% Anl.Fund. 25 Doll. G. 5	5	1/2/5/6/11	101,50 B	
Inl. Eisenab.-Prior.-Ob.				
Altenburg-Zeitz & 100,-	4	41/2	1/1, 1/7	101,25 G
Altens.-Kielce v. 500 u. 100,-	4	41/2	1/1, 1/7	101,50 B
Annaberg-Weipert & 100,-	4	—	surkohgesahlt M. 234 per Stück	5,50 G
Berlin-Anhalt v. 500 u. 100,-	4	do.	do.	100 B
do. Lit. A. v. 500 u. 100,-	4	do.	do.	101,40 B
do. B. - 500 u. 100,-	4	do.	do.	101,40 B
do. C. - 5000—500 fl. 5	5	do.	do.	101,50 B
(Oberlausitz) 1500—300 fl. 5	5	1/1, 1/7	101,50 G	
Berlin-Hamburger v. 1000—100 fl. 5	5	1/1, 1/7	102 B	
Berl.-Potsdam-Magdeb. 1000—100 fl. 5	5	do.	do.	101,50 G
Breal.-Schweidn.-Freib. 1865 500—100 fl. 5	5	do.	do.	100,75 B
do. Lit.K. 3000, 600, 300,-	5	do.	do.	100,50 B
do. v. 1876/1880 500 u. 100,-	5	1/4, 1/10	104 B	
Chemnitz-Wäschreiter & 100,-	5	do.	do.	97 G
Cottbus-Grossenhainer & 100,-	5	do.	do.	103,50 B
Köln-Mind.S. VII.L.B. 1000, 500, 500,-	5	2/1, 1/7	101,40 G	
Leips.-Dresd.Part.-Obl.v. 1000 u. 500,-	5	1/6, 1/12	119,15 G	
do. Anl. v. 1854 & 100,-	4	do.	do.	98,50 B
do. - 1860 & 100,-	4	do.	do.	98,75 B
do. - 1866/1868 500 u. 100,-	5	1/1, 1/7	98 B	
Leipzig-Gaschwitz-Meuselwitz 1500,-	5	2/1, 1/7	97,50 B	
Magdeb.-Lips.-Pr.-O.-D.Mgd.-Hilbert.	—	—	—	
Münz.-G.L.A.v. 3000, 1500, 1000, 200,-	5	2/1, 1/7	102,20 B	
Magdeburg-Halberstädter & 100,-	5	1/4, 1/10	101,75 B	
do. III. Em. v. 1000—100 fl. 5	5	1/1, 1/7	101,75 B	
do. III. - 1000—100 fl. 5	5	do.	do.	101,50 B
Mainz-Ludwigshafen & 200,-	5	1/4, 1/10	101,50 G	
do. - 200,-	5	1/1, 1/7	101,50 G	
do. v. 1875/76 v. 1000 u. 500,-	5	1/8, 1/9	105 B 75fl. 100,-	
Oberschlesische Lit. D. v. 1000—100 fl. 5	5	1/1, 1/7	98 B	
do. - 1000—100 fl. 5	5	do.	do.	102,25 G
do. - 1000—100 fl. 5	5	do.	do.	102,75 G
E. Oderwerb. M. 5000, 1000, 500, 500,-	5	2/1, 1/7	101,40 G	
Rheinische v. 1877 . . . 3000—600,-	5	1/4, 1/10	102,25 G	
Saalebahn Pr. 1860, 500 M. gar.	5	2/1, 1/7	102,25 B	
Schleswig-abg. v. A.-K. v. 1860—100 fl. 5	5	2/1, 1/7	101 G	
Thüringische I. Em. v. 1000—100 fl. 5	5	do.	do.	98 G
do. II. - 100—100 fl. 5	5	do.	do.	97,50 G
do. III. - 100—100 fl. 5	5	do.	do.	97 G
do. IV. - 100—100 fl. 5	5	do.	do.	97 G
do. V. - 100—100 fl. 5	5	do.	do.	97 G
do. VI. - 3000—300 fl. 5	5	do.	do.	97 G
Werrabahn v. 500—100 fl.	5	do.	do.	95,75 B
Ausl. Eisenab.-Prior.-Ob.				
Aussig-Teplitz I. Em. & 100,-	5	1/1, 1/7	102,75 G	
do. II. - 100,-	5	do.	do.	101,50 G
do. Em. v. 1858 & 100,-	5	do.	do.	101,50 B
do. - 1871 & 100,-	5	do.	do.	100,50 G
do. - 1872 & 100,-	5	do.	do.	98,50 B
do. - 1874 & 100,-	5	do.	do.	98 B
Böh. Nordbahn a 200,-	5	1/4, 1/10	104,50 B	
do. Em. v. 1871 & 200,-	5	do.	do.	104,50 B

W u f ü n d i g u n g e n

Shanxi Yungang

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Freitag, 24. Oct. Don Juan. Oper in 2 Akten v.

Sonnabend, 25. Oct. Zum ersten male: **Die Hexe.**
Fritze, 24. Set. Der Staatsanwalt. Schauspiel in 4 Aufzügen von H. Wille — Sonnabend, 25. Oct. Mercassie

